ALH AM BRA

Zeitung & Programm

Sommer 2017

Die Gewalt kommt immer von den selben...

GESUCHT!

...schwarzer Block mit schwarzen Helmen!

Wer kennt diese G20-Gewalttäter

Eine ausführliche Dokumentation der Polizeigewalt während des G20-Gipfels in Hamburg finden Sie auf www.g20-doku.org

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
IBAN: DE24280501000000430397

zeitung
– unterstützer_innen –

ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
30.September 2017

Post an die Redaktion:
zeitung@alhambra.de

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1

anti G20
Unsere Solidarität gegen ihre Repression 2
Die Polizei als strukturelles Risiko für die Demokratie 4

klima
Verbreitung einer radikalen Klimabewegung 7
Zucker im Tank 10

diskussion
Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik 11
These1 - Revolutionäre Politik heißt, um das Potential der Gesellschaft zu wissen 14
These2 - DieBasis einer gesellschaftlichen Kraft ist die Organisierung 16

technologiekritik
Zwischen Karoshi und Surplus - Zukunft der Arbeit und Nichtarbeit 20
Vierstundentag! 26
Riseup löst das Rätselraten um den Kanarienvogel 28

Moin Moin,

jetzt wo sich auch in Oldenburg der Sommer wieder blicken lässt, darf natürlich eins nicht fehlen: die nächste Ausgabe der Alhambra Zeitung – Schmökerstoff für jeden Strandausflug, oder aber Taschenlektüre für die nächste große Sitzblockade! Die Möglichkeit dazu bietet sich am letzten Augustwochenende im Rheinland bei der nächsten Aktion des Zivilen Ungehorsams, wenn die Klimabewegung erneut gegen die Förderung von Braunkohle und ihre global-gesellschaftlichen Konsequenzen eintritt. Auf geht's! Mehr dazu ab Seite 7.

In der Zwischenzeit gilt es im Zuge der G20 Nachbereitung die ein oder andere Sicherheitsvorkehrung zu treffen. Pragmatische Tipps findet ihr auf Seite 2. Berichte, Statements, Reflektionen, Analysen und Interpretationen der riots kursieren zu hauf und jede*r hat da so seine favorisierte*n Berichterstatter*innen. In der Ausgabe gibt es daher eine Kritik am Polizeiapparat (Seite 4 und siehe Cover).

Für viele wird sich nach dem Gipfel aber auch wieder die Frage stellen: Was war gut? Was war schlecht? Und wie geht es weiter? Wir denken, dass diese Fragen gestellt und diskutiert werden sollten. Sollen wir so weitermachen wie bisher oder ist es vielleicht an der Zeit über eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik nachzudenken? Wir liebäugeln schon etwas länger mit 11 gleichnamigen Thesen von einem Kollektiv aus Bremen, von denen wir hier die ersten Zwei zur Diskussion stellen (Seite 11). Uns ist zu Ohren gekommen, dass es dazu auch bald eine Veranstaltung geben soll, haltet die Augen auf!

Für die Spielkinder und Schnüffelhunde unter unseren Leser*innen gab es in der letzten Ausgabe einen kleinen Anreiz: auf dem Cover war passend zu unserer Technologiekritikreihe ein Binärcode abgebildet, vielleicht habt ihr ihn übersetzen können. Die Kombination aus 0en und 1en ist die Basis für die Verarbeitung digitaler Informationen. Ihre Verbreitung in unseren alltäglichen Lebensbereichen nimmt weiter zu. Wir sehen die Vorteile dieser Entwicklung, aber auch die Gefahren. Messenger wie Signal machen den schnellen Austausch verschlüsselter Nachrichten einfacher als je zuvor. Der Staat reagierte darauf prompt mit einem Staatstrojaner, der, einmal auf dem Endgerät gelandet, das Mitlesen aller Nachrichten erlaubt. Zusammen mit Bewegungsprofilen ist die Totalüberwachung dann nicht mehr fern. Wir sind gespannt, was die Auswertung der zahlreichen Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen beim G20-Gipfel ergibt.

Die Digitalisierung hat aber nicht nur Auswirkungen auf unsere Kommunikation. Auf Seite 20 setzen wir unsere Reihe mit einer Analyse der Gruppe Capulco fort, die sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt befasst. Welche Veränderungen erwartet die Gesellschaft, wenn segensreiche technologische Fortschritte immer mehr menschliche Arbeit überflüssig macht? Capulco wirft dabei einen Blick in eine düstere Zukunft, die eine „massive Zunahme an Ungleichheit" bringen wird. Da die Gruppe leider keine konkreten Lösungsvorschläge macht, stellen wir die „4-Stunden-Liga" vor. „Er könnte so schön sein, der technische Fortschritt: Die Plackerei könnte der Vergangenheit angehören und alle könnten die schönen Dingen des Lebens genießen". Um das umzusetzen, fordern sie eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf Kosten des Kapitals. Wir auch! Aber lest selbst (Seite 26)!

Schöne Dinge, die du dann tun könntest: In der Sonne liegen, Sitzblockaden machen, den AfD-Wahlkampf sabotieren, der Alhambra Zeitung schreiben oder dich wieder mehr um dein AZ kümmern! Es gibt viel zu tun!

Viel Spaß beim Lesen,

euer Redaktionskollektiv

UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION

Der G 20 ist vorbei und die meisten von uns sind mehr oder weniger sicher und heil zu Hause angekommen und erholen sich von diesen aufwühlenden und feurigen Tagen. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, dass einige unserer Freund*innen und Genoss*innen nach wie vor gefangen gehalten werden. Unsere Gedanken und Herzen sind bei ihnen und wir hoffen, dass sie sich auf diesen Fall vorbereitet und Absprachen mit ihren Umfeld getroffen haben. Dass es sich bei diesen 45 Inhaftierten Menschen nur um die ersten Verhafteten handelt, sollte allen klar sein. Denn: Politiker*innen aller Lager haben die „Autonomen“ abermals zu Staatsfeinden Nummer 1 erklärt und der Bullenstaat versucht mit Hilfe neuster Gesetze und technischen Errungenschaften jeden subversiven Widerstand auszuspionieren und im Keim zu ersticken. Angeheizt wird dies durch Medien und Schaulustige die mit bereitgestelltem Video und Bildmaterial die Menschenjagd bereits eröffnet haben.

Dieser kleine Antirepressionsbeitrag richtet sich vor allem an junge und neue Menschen in der „Szene“. Menschen, die oft noch nicht fest organisiert sind und die vielleicht das erste Mal die Konfrontation mit dem Staat gesucht haben. Dennoch ist es nötig, dass wir „Älteren“ uns auch regelmäßig daran erinnern was vor dem Falle des Falles zu tun ist. Die Punkte, die wir aufzählen sollten größtenteils im Vorfeld von Aktionen geklärt und getan werden. Wir wissen allerdings aus Erfahrung, dass mensch nicht immer das tut, was mensch tun sollte, deshalb noch mal der Appell an alle, jetzt zu handeln.

Was kann passieren?
Um Druck auf Aktivist*innen auszuüben ist eins der praktikabelsten Mittel aller Repressionsbehörden Hausdurchsuchungen durchzuführen. Diese Art des staatlich legitimierten Wohnungseinbruches verfolgt hierbei mehrere Aspekte der Repression. Zum einen wird durch die Durchsuchung ein psychischer Druck auf euch ausgeübt, der verdeutlichen soll das die Behörden jederzeit in den Privaten Lebensraum eindringen können. Zum anderen geht es darum Dinge zu beschlagnahmen, die gegen euch in Ermittlungsverfahren verwendet werden können. Zudem hat sich in den letzten Jahren eine ungeheure DNA Sammelwut herauskristallisiert und wird mittlerweile flächendeckend praktiziert. Ist eure DNA erst einmal abgenommen ist es zwar möglich gegen die Löschung aus den Datenbanken gerichtlich vorzugehen, bis das jedoch passiert wird sie zur „Strafverfolgung“ freigegeben. Hier macht es Sinn mit eurem Anwalt * Anwältin des Vertrauens Strategien zu besprechen und dagegen vorzugehen.

Was wir jetzt noch tun können!
Wir sollten schleunigst aufhören zu glauben, dass nur Menschen von Strafverfolgung und Hausdurchsuchungen betroffen sein werden, die „etwas gemacht haben“ also militant agiert haben, wohin gegen Menschen, die „nur mitgelaufen sind“ davon verschont bleiben. Dieser Gedankengang offenbart ein bürgerliches Vertrauen in die Exekutive, Judikative und Legislative, das weder angemessen ist noch der Realität entspricht. Wir können noch nicht wissen, wer mit wem und was versucht wird in Verbindung gebracht zu werden. Deshalb sollte es jetzt unsere Aufgabe sein dem Staat in seinem Verfolgungswahn so viele Steine wie machbar in den Weg zu legen und Spuren möglichst nicht zu produzieren, oder aber sie konsequent zu verwischen.

Wohnung aufräumen!
Das bedeutet, das unter anderem Handys, Speichermedien, Stadtpläne, Aktionskarten und Kleidung, die im Zusammenhang mit Aktionen stehen zu entfernen sind. Euer PC solltet verschlüsselt sein! In Zeiten der digitalen Massenüberwachung sollte der sichere Umgang mit dem PC zur (täglichen) politischen Praxis gehören. Für diejenigen bei denen diesbezüglich noch offene Fragen bestehen empfehlen wir : Ubuntu und Tails sowie Tor!

Überlegt euch welche Beifunde - wie Drogen, Waffen, Feuerwerk und Graffittizeug - bei euch gefunden werden könnte und denkt euch Strategien aus das Risiko zu minimieren.

Sucht euch eine coole Anwält*in!
Gute und politische Anwält*innen finden sich mittlerweile in fast allen (größeren) Städten. Jede*r die*der sich über einen längeren Zeitraum politisch betätigt und / oder in politischen Kontexten bewegt, sollte über einen Anwaltskontakt verfügen. Es ist sinnvoll eine Vollmacht zu unterzeichnen und zu hinterlegen, so das der*die Anwält*in sich im Fall einer Verhaftung sofort um die rechtlichen Belange kümmern kann und ihr schnell wieder draußen seit!

Sprecht in euren Bezugsgruppen & eurem Freundeskreisen
Nach Großereignissen wie dem G20 Gipfel werden oft Sonderkommissionen eingerichtet und der Verfolgungsdruck steigt. Von den Maßnahmen der Sokos und anderen Ermittler*innen können wir alle betroffen sein! Überlegt euch deshalb im Vorfeld, was ihr euch als Be-

troffene an Support wünschen würdet wenn ihr in bspw. Untersuchungshaft landet. Es macht Sinn dies in euren Bezugsgruppen zu besprechen. Tauscht Anwalts- und Familienkontakte in euren Strukturen aus und haltet gegebenenfalls schriftlich fest, was ihr euch von eurer Gruppe oder eurem Freundeskreis wünscht. Soll Soliarbeit gemacht werden, wenn ja, wie soll diese aussehen? Soll Öffentlichkeit geschaffen werden, sind Aktionen gewünscht, wenn ja, in welchem Rahmen? Soll mit den Medien zusammengearbeitet werden, wenn ja, mit welchen? Wann wird die Familie informiert? Wer macht das und wer hält den Kontakt während der Haftzeit aufrecht ? Wer hält den Kontakt mit den Anwält*innen? Sind diese Fragen im Vorfeld geklärt, erleichtert es die Soliarbeit zum Beginn ungemein und gibt euch ein besseres Gefühl, dass alles organisiert ist.

Vernichtet eure Kleidung!
Das gilt sowohl für eure schwarzen Sachen als auch für eure Wechselklamotten, sowie für Mützen, Handschuhe, Unterwäsche und Rucksack / Beutel oder Aktionskarten. Und ganz besonders gilt das auch für Schuhe! Denn wenn auf Videos Schuhe mit Applikationen oder Löchern zu sehen sind, sollten diese nicht bei euch gefunden werden! Wir schreiben hier explizit davon, da es Leuten oft schwer fällt, sich von ihren Schuhen zu trennen und aus der jüngsten Vergangenheit Beispiele bekannt sind, wo Menschen aufgrund ihres getragenen Schuhwerks belastet werden konnten.

Keine Filme - Keine Fotos!
Zudem sind aus den letzten Jahren einige Fälle bekannt geworden, bei denen Menschen durch Film- und Videoaufnahmen die sie von Aktionen beispielsweise von Demos auf ihrem Handy hatten, belastet und verurteilt werden konnten. Wir können hier nur nochmals dringend an euch appellieren: Macht keine Fotos und Filmaufnahmen von Aktionen mit euren Handys. Das gefährdet nicht nur euch sondern auch zahlreiche andere Menschen! Auch wir wissen um die schönen Bilder von brennenden Bengalos und fliehenden Bullen – es gibt aber schon genug Presseteams, die ständig Foto- und Videoaufnahmen machen! Lasst eure Handys einfach Zuhause!

Keine Aussagen!
Generell gilt keine Aussagen gegenüber Bullen und Justiz! Jedes winzige Detail was ihr preisgebt wird gegen euch und andere verwendet werden. Deshalb ist es ratsam konsequent zu schweigen und jegliche Aussage zu verweigern. Und auch in diesem Punkt seit ihr rechtlich abgesichert, da es ein Recht auf Aussageverweigerung gibt und ihr euch gegenüber den Bullen zu nichts äußern müsst. Bedenkt immer Bullen sind keine Freunde und gute Gesprächspartner*innen sondern ausgebildete und psychologisch geschulte Menschenjäger denen es darum geht euch weg zusperren!

Letzte Worte
Wir sollten uns darüber im Klaren sein, was es für Konsequenzen mit sich bringen kann, wenn wir eine offene Konfrontation mit diesem Staat eingehen. Wozu dieser in der Lage ist, zeigt sich täglich im Kleinen wie im Großen. Dennoch erachten wir es als wichtig, nicht in Panik und Paranoia zu verfallen, sondern mit kühlem Kopf und so gut vorbereitet wie denkbar unsere politischen Praxen fortzusetzen. Wie weit die Repression greifen wird, werden die kommenden Wochen und Monaten zeigen, deshalb ist es jetzt umso wichtiger in euren Gruppen über Ängste und kollektive Strategien zu reden. Der G20 liegt hinter uns. Vor uns liegen weitere Abenteuer und Ausschreitungen. Unsere neuen Erfahrungen beziehen wir in unseren Kampf für ein Leben in Freiheit und Würde ein.

Freiheit für alle Gefangenen!

von

Soligruppe Aaron, Balu & Thunfisch

Die Polizei als strukturelles Risiko für die Demokratie

Nach dem G20-Gipfel würde es sich lohnen, über Alternativen zur Polizei nachzudenken.

Das staatliche Gewaltmonopol bedarf demokratischer Legitimierung. Aber die Polizeigewalt anlässlich des G20 Gipfels zeigt einmal mehr, dass die Polizei dazu neigt, demokratische Grundrechte zu suspendieren. Wir sollten daher über alternative Möglichkeiten nachdenken, in unserer Gesellschaft mit Konflikten umzugehen. Fingerzeige für Strategien zur Überwindung der Polizei kommen aus der US-amerikanischen Black-Lives-Matter-Bewegung.

Keiner anderen gesellschaftlichen Institution räumen wir so umfassende Kompetenzen ein, Gewalt gegen Bürgerinnen und Bürger auszuüben wie der Polizei. Sie darf uns Geld abnehmen, uns anhalten und durchsuchen, abhören, mit Knüppeln schlagen, mit Pfefferspray oder Wasserwerfern ansprühen, einsperren und unter bestimmten Umständen sogar erschießen. Diese umfangreichen Kompetenzen werden dadurch gerechtfertigt, dass wir in einer Demokratie leben: Anders als in einer Monarchie oder einer Diktatur soll in Deutschland, wie es in Artikel 20 des Grundgesetzes heißt, „die Staatsgewalt vom Volke“ ausgehen.

Die in der Polizei repräsentierte Gewalt ist demnach keine Gewalt gegen das Volk, sondern die Exekution des Willens des Volkes. Damit das Volk die Staatsgewalt souverän ausüben kann, ist es aber auf bestimmte Verfahren angewiesen, um einen Willen zu generieren. Zur Demokratie gehören nicht nur Abstimmungen und Wahlen, sondern auch eine bestimmte Form der Meinungsbildung, die auf einem freien und öffentlichen Diskurs basiert. Die liberale Demokratie gibt darum den Rechten, welche die freie öffentliche Meinungsbildung garantieren sollen, den Charakter von Grundrechten. Dazu gehören etwa die Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 5 GG), die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) und die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG). Grundrechte heißen so, weil sie nicht eingeschränkt werden können, ohne den Wesensgehalt der liberalen Demokratie insgesamt zu riskieren.

Die Polizei untergräbt ihre eigenen Legitimationsbedingungen

Der G20-Gipfel in Hamburg hat Aktionen der Polizei in den Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit gerückt (die Webseite g20-doku.org/ sammelt Presseberichte zu Polizeigewalt im Kontext des Gipfels). Die Polizei untergräbt mit einem solchen Vorgehen ihre eigenen Legitimationsbedingungen: Ihre Gewalt ist nicht mehr durch demokratische Verfahren gedeckt und geht somit nicht mehr vom Volke aus, sondern verwandelt sich in schiere Repression. Die Häufigkeit und Regelmäßigkeit solcher Grundrechtsverstöße seitens der Polizei spricht jedoch für die schon von Walter Benjamin vertretene und in letzter Zeit vor allem von Giorgio Agamben aktualisierte These, dass die Polizei nicht nur gelegentlich, sondern strukturell dazu neigt, sich von ihrem Status als bloßes Mittel zur Umsetzung des demokratischen Willens loszusagen.

Der in Hamburg zu beobachtende Ausnahmezustand, in dem polizeiliches Handeln sich von seinen rechtlichen Schranken völlig befreit hat, ist der Normalität des Rechtsstaats bereits latent.

Die Polizei, heißt das, ist ein strukturelles Risiko für die Demokratie. Es ist im Interesse der Demokratie, dieses Risiko so stark wie möglich einzuhegen. Die wichtigsten sind die flächendeckende Einführung einer Kennzeichnungspflicht, um Polizistinnen und Polizisten im Falle von Fehlverhalten und Übergriffen identifizieren und zur Rechenschaft ziehen zu können, sowie die Einrichtung unabhängiger Untersuchungs- und Kontrollinstanzen, die für eine umfassende Transparenz und Aufklärung bei Vorwürfen gegen die Polizei sorgen.

Vor allem aber brauchen wir eine breite öffentliche Diskussion über Polizeigewalt, in der die Kritik an der Polizei nicht länger tabuisiert, sondern als essentieller Beitrag zur Herstellung wahrhaft demokratischer Verhältnisse anerkannt wird. Dafür ist es auch nötig, dass Medien damit aufhören, ungeprüft die Pressemitteilungen der Polizei zu veröffentlichen, und stattdessen auch den Opfern polizeilicher Übergriffe selbstverständlich eine Stimme geben.

Es bedarf meistens solcher Großereignisse wie des G20-Gipfels in Hamburg oder der „riots“ in London oder Paris, um die Frage der Polizeigewalt unmissverständlich auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion zu setzen.

Es gibt aber auch Menschen, für die Begegnungen mit der Polizei fester Bestandteil ihres Alltags sind. Zu ihnen zählen vor allem die Mitglieder gesellschaftlich marginalisierter oder diskriminierter Gruppen: Drogennutzerinnen und Drogennutzer, Wohnungslose, Sexarbeiterinnen, Geflüchtete, Arme. Sie erfahren polizeiliche Interventionen in ihrem Alltag meistens als repressive Eingriffe: Sie werden Opfer von Kont-

rollen, Durchsuchungen, Razzien oder Verhaftungen, leiden unter Schikanen, Beleidigungen und physischer Gewalt. Diese Gruppen erfahren die Ununterscheidbarkeit von Recht und Gewalt, das heißt den strukturellen Ausnahmezustand, den die Polizei repräsentiert, am eigenen Leib.

Aus diesen Gemeinschaften stammen daher auch die interessantesten Vorschläge für Alternativen zur Polizei. Die US-amerikanische Black-Lives-Matter-Bewegung hat es mittlerweile geschafft, die Abschaffung der Polizei zu einem ernstzunehmenden realpolitischen Vorschlag ins Spiel zu bringen. Stattdessen schlagen Aktivistinnen und Aktivisten umfassende Entkriminalisierungen, unbewaffnete, communitybasierte Interventionsteams zur nachbarschaftlichen Konfliktschlichtung, die radikale Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und vor allem die radikale Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse vor. Wenn wir die Möglichkeit geschaffen haben, über die Bedingungen unseres Lebens selbstbestimmt zu entscheiden, dann werden wir auf Gewalt als Medium der Konfliktschlichtung – und somit auf die Polizei als Institution manifester Gewalt – mehr und mehr verzichten können.

von Daniel Loick (geklaut!)

Zum Weiterlesen

Black Lives Matter stellt Positionen und Forderungen dar auf blacklivesmatter.com/

INCITE! Women of color against violence ist ein Zusammenschluss schwarzer Frauen, der sich gegen Gewalt in den Communities als auch gegen Polizeigewalt engagiert: www.incite-national.org INCITE! hat Konzepte wie die community accountability und die transformative justice entwickelt.

Das transformative justice kollektiv in Berlin versucht, diese Konzepte auf den deutschen Kontext zu übertragen: www.transformativejustice.eu/de

NEVER
Carlo Giuliani
FORGET

Verbreiterung einer radikalen Klimabewegung

eine Auswertung von „Ende Gelände 2016“

Vom 13.-16. Mai 2016 hieß es zum zweiten Mal Ende Gelände für die Kohle. Nachdem sich 2015 über 1000 Menschen an der Besetzung des Tagebaus Garzweiler II im Rheinland beteiligt hatten, kamen dieses Jahrüber4000 Menschen in die Lausitz, um den Tagebau Welzow Süd zu besetzen und das Kraftwerk Schwarze Pumpe von der Kohlezufuhr abzuschneiden. Auf dem letzten Jahr aufbauend wurden sowohl der Aktionszeitraum als auch die Aktionsorte erweitert. An zwei Tagen brachen hunderte Aktivistinnen zu Fuß, mit Bussen und Fahrrädern zu ihren Aktionsorten auf. Der Betrieb des Tagebaus wurde lahmgelegt und die Gleise, über die das Kraftwerk Schwarze Pumpe mit Kohle beliefert wird, besetzt. Neben Massenblockaden gab es eine Betonpyramide und Ankett-Aktionen. Da die Blockaden an allen Seiten des Kraftwerks über Nacht gehalten wurden und damit die Kohlezufuhr komplett abgeschnitten wurde, erreichten wir eine Drosselung von 80 Prozent der Kraftwerksleistung.

Als Interventionistische Linke (iL) haben wir uns in und mit Ende Gelände in den letzten Jahren das Ziel gesetzt, die aktivistische Klimabewegung massiv zu verbreitern. Mit Erfolg: Unter bestimmten Voraussetzungen war es möglich, dass aus den maximal 300 Aktivistinnen, die sich vor 2015 bei den Klimacamps für direkte Aktionen begeistern konnten, mehr als 4000 geworden sind – zum Großteil Menschen, die vorher nicht in politischen Bewegungen aktiv waren und mit den Aktionen einen Politisierungs- und Radikalisierungsschub erlebt haben.

(Bewegungs-)politische Voraussetzungen für Ende Gelände 2016

Während ein Großteil der Bevölkerung für den Kohleausstieg und Klimaschutz ist, handelte die Regierung in den letzten Jahren mit besonderer Offenheit im Interesse der fossilen Energiekonzerne. Daraus ist eine Vertretungslücke entstanden, die zu einer bundespolitischen Debatte geführt hat und die wir mit Ende Gelände nutzen und zuspitzen konnten. Umweltverbände im Klimabereich waren mit ihrer Fokussierung auf Klimagipfel und ihrer Taktik, mit der Politik zu reden und zu appellieren, an ihre Grenzen gekommen. Offensichtlich wurde wenig erreicht. Deshalb war die Bereitschaft, radikalere Aktionsformen zu unterstützen oder sich sogar individuell daran zu beteiligen, enorm gestiegen. In Deutschland und weltweit. Ende Gelände 2015 im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris war dafür eine sehr sinnvolle Intervention und hat nochmal sehr deutlich gemacht, dass Kohleausstieg Handarbeit ist. Die erfolgreiche Aktion von Ende Gelände 2015 im Rheinland hat dazu beigetragen, erneut mehr Menschen in die Lausitz zu mobilisieren, sowohl aus der radikalen Linken als auch aus dem gemäßigten Öko-Spektrum. Die Klimacamps haben mit ihrer jahrelangen Vorarbeit die Grundlage dafür geschaffen, dass eine erfolgreiche Intervention vor Ort überhaupt möglich ist und Kontakt sowie Vertrauen zu Menschen vor Ort aufgebaut, die uns beispielsweise die Campflächen zur Verfügung stellen. Zuletzt hat der angekündigte Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte von Vattenfall ein politisches Handlungsfenster eröffnet.

Radikalisierung der Klimabewegung

Mehr als 4000 Menschen aus mehr als 20 Ländern und verschiedenen Kontexten – erstmals in der Geschichte der Klimabewegung kamen so viele in einer Aktion zivilen Ungehorsams in Deutschland zusammen. Dabei handelte es sich nicht bloß um ein Zusammentrommeln radikaler Aktivist*innenspektren. Aufgrund der Zuspitzung der Widersprüche des Klimawandels und des Kapitalismus sind viel mehr Menschen zu radikalen Aktionen bereit. Es ist gelungen breite Teile derjenigen zu erreichen, die die Klimafrage umtreibt und davon zu überzeugen, dass Klimagipfel und Appelle nicht länger ausreichend sind.

Für viele der teilnehmenden Aktivistinnen war dies die erste Erfahrung mit zivilem Ungehorsam bzw. direkten Aktionen. Eine Radikalisierung der Klimabewegung hat stattgefunden, die massenhaft zivilen Ungehorsam endgültig im Aktionsrepertoire verankert hat.

Die inspirierenden Erfahrungen durch Ende Gelände bieten das Potential, einen Anstoß zu mehr Aktionen und Organisation auch auf lokaler Ebene zu geben. Menschen, die vorher keine Aktivistinnen waren,

kehren nach der Aktion nicht einfach zu ihrem Alltag zurück. Vielmehr können diejenigen, die durch Ende Gelände politisiert wurden. dazu ermutigt werden weiter zu machen, sich zu organisieren und die Klimabewegung dauerhaft zu stärken.

Die Kampagne in Deutschland hat auch international ausgestrahlt: Unter dem Motto «Break free from fossile fuels» fanden nach dem Vorbild von Ende Gelände im Mai 2016 an verschiedenen Orten auf allen Kontinenten zugespitzte Aktionen gegen fossile Infrastruktur statt.

Wahrnehmung von Ende Gelände

Die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der Aktion sind schwer zu erfassen. Generell war Ende Gelände in den Medien sehr präsent. Wir haben es geschafft, den Verkauf der Braunkohle in der Lausitz wieder zur politischen Debatte in Schweden und in Deutschland zu machen.

Wie auch letztes Jahr war es schwierig, nicht als reine Kohlegegnerinnen, sondern als kapitalismuskritische Aktion in Erscheinung zu treten. Dies funktionierte weder in der medialen Wahrnehmung noch vor Ort in der Lausitz. Ein großer Erfolg war es jedoch, das Wohlfühl-Bild des Pariser Klimavertrags anzugreifen und deutlich zu machen, dass ein Vertrag für sich genommen nicht viel bewirkt, sondern dass die Auseinandersetzungen lokal geführt werden müssen.

Lokales

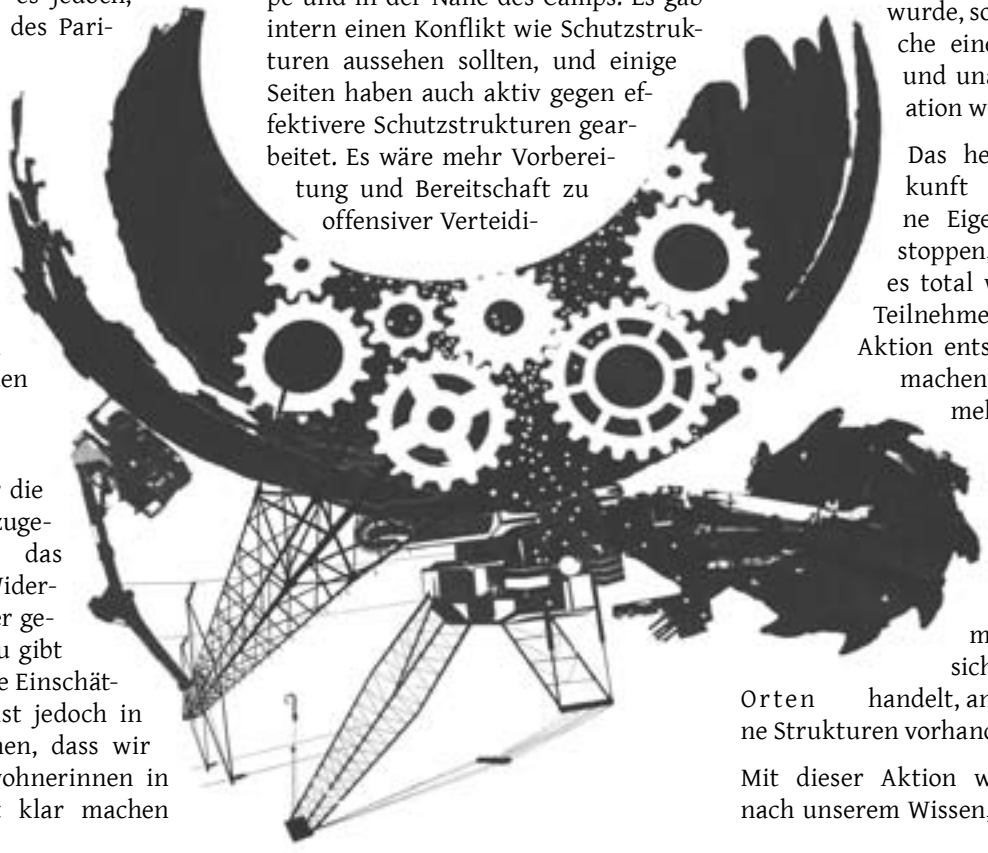
Vor Ort haben wir die Widersprüche zugespitzt. Inwiefern das den lokalen Widerstand gestärkt oder geschwächt hat, dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Kritisch ist jedoch in jedem Fall zu sehen, dass wir den meisten Einwohnerinnen in der Lausitz nicht klar machen konnten, dass sich unsere Aktion nicht gegen die Arbeiterinnen stellt. Es wurde versucht, mit Mahnwachen und Flugblättern auf den Märkten präsent zu sein. Doch dies war für eine gewisse lokale Akzeptanz nicht ausreichend. Hier sollten wir selbstkritisch überlegen, ob vorausgehend mehr Dialog und Informationsaustausch möglich ist, um einer Frontbildung entgegenzuwirken. In Zukunft müssen wir uns stärker und klar zur Perspektive der Arbeiterinnen positionieren, indem wir verständliche Forderungen für einen sozialen Wandel stärker betonen und die Verantwortungslosigkeit und Lügen der Konzerne demaskieren, die ihren Arbeiterinnen vormachen, dass es mit der Kohle ewig weitergeht – bis sie dann einfach verkaufen oder schließen. Dennoch müssen wir uns bewusst sein, dass auch in Zukunft der realpolitische Widerspruch zwischen den Arbeiterinnen und uns nicht komplett aufzulösen sein wird.

Auch an anderer Stelle waren wir nicht genügend auf die Gegebenheiten vor Ort vorbereitet. Die Situation bezüglich organisierter Neonazigruppen wurde massiv unterschätzt. Vermehrt kam es zu Angriffen auf Aktivistinnen bei Blockadepunkten, der Mahnwache in Terpe und in der Nähe des Camps. Es gab intern einen Konflikt wie Schutzstrukturen aussehen sollten, und einige Seiten haben auch aktiv gegen effektivere Schutzstrukturen gearbeitet. Es wäre mehr Vorbereitung und Bereitschaft zu offensiver Verteidigung notwendig gewesen.

Kraftwerk

Die meisten Kontroversen hat das Eindringen auf das Gelände des Kohlekraftwerks Schwarze Pumpe im Laufe des Samstags ausgelöst. Sowohl öffentlich als auch intern gab es dazu viele kritische Stimmen.

Unserer Wahrnehmung nach war nicht die Radikalität oder Spontanität das Problem dieser Aktion. Das Problem war die operationale Durchführung und ungenügende strategische Bestimmung. Eine Eigendynamik hat zu einem spontanen Beschluss von Aktionsplena vor Ort geführt, die aber in einem überhasteten Aufbruch geendet sind. Wir fragen uns im Nachhinein, warum wir uns in der Situation nicht die Zeit genommen haben, zu überlegen, was vor Ort zu tun gewesen wäre. Zumal die Vorbereitungsstrukturen nicht die Verantwortung für die Aktion übernehmen konnten. Unsere (wenn auch nicht eindeutige, weil verschiedene Positionen umfassende) Kritik an dieser Aktion ist einerseits, dass wichtige Blockadepunkte angreifbar gemacht wurden (weil weniger Menschen diese gehalten haben) und die Aktion nicht wohl- überlegt genug durchgeführt wurde, so dass es für manche eine unvorbereitete und unangenehme Situation wurde.



Das heißt für die Zukunft nicht, spontane Eigendynamiken zu stoppen, denn für uns ist es total wichtig, dass die Teilnehmerinnen in ihrer Aktion entscheiden, was sie machen. Aber wir sollten mehr daraufdrängen, sich mehr Zeit für Vorbereitung und Bestimmung zu nehmen und noch klarer zu machen, dass es sich um Aktionen an Orten handelt, an denen noch keine Strukturen vorhanden sind.

Mit dieser Aktion wurde, jedenfalls nach unserem Wissen, zum ersten Mal

ein Kohlekraftwerk in einer Aktion zivilen Ungehorsams gestürmt. Wir haben es in diesem Moment in die bundespolitische Medienberichterstattung geschafft, wurden allerdings Vorrangig kritisiert. Vor allem vor Ort wurde die Erzählung sehr negativ kommentiert. Wir stimmen den kritischen Stimmen zu, dass die Durchführung schlecht war, dennoch finden wir die Aktion legitim, begrüßen spontane Dynamiken und sehen in der Kraftwerksbegehung und dem Abbau der Zäune keinen Bruch des Aktionskonsenses.

Angesichts der Zurückhaltung der Polizei zu Beginn der Blockaden hinterließ die fehlende Konfrontation bei vielen Beteiligten ein unbefriedigendes Gefühl. Als wäre die Aktion erst erfolgreich, wenn Widerstände überwunden werden müssten, um zum Ziel zu gelangen. Das halten wir für ein Problem. Radikalität heißt für uns manchmal, einfach zu bleiben! Das passive Verhalten der Polizei und des Werkschutzes, die uns gewähren ließen, kann als Erfolg der Klimabewegung und als weiterer Schritt zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Aktionen des zivilen Ungehorsams gesehen werden!

Der Prozess

Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen, das in der Vorbereitung viel Engagement und eine teilweise hohe Taktung abverlangte. Auch wenn der Prozess generell offen ist und wir für Ende Gelände 2016 immer wieder überlegt hatten, wie wir neue Leute einbinden können, so ist der Prozess für Neue oder für Leute mit weniger Erfahrung und/oder Zeit teilweise überfordernd oder eine zu große Hürde, um einzusteigen. Eine Lösung könnte sein, mehr kollektive Strukturen zu schaffen, zum Beispiel durch lokale Bündnisse, die einzelne Aufgaben übernehmen. Im Vergleich zu Ende Gelände 2015 hatten wir es geschafft, auch in den Vorbereitungsprozess mehr neue Leute zu integrieren, dennoch lagen viele Aufgaben auch dieses Mal wieder auf wenigen Schultern.

Ausblick

Ende Gelände war für die Klimabewegung ein sehr stärkendes Ereignis. Wir haben nicht einfach das letzte Jahr wiederholt, sondern haben uns weiterentwickelt. Die notwendige Drosselung des Kraftwerks hat Bewegungsgeschichte geschrieben. Noch nie zuvor wurde dies durch die bloße Anwesenheit von Aktivistinnen erreicht.

Wir freuen uns riesig auf Ende Gelände 2017, wir möchten dabei aber nicht immer nur größer werden und in der Effektivität eine Schippe drauflegen. Wir wollen die Eigenverantwortung und Organisierung stärken, sodass lokale Klimagruppen aktiv werden und Ende Gelände zu vielfältigen Aktionen gegen Klima-Ungerechtigkeit inspiriert. Schon allein in den letzten Monaten haben viele weitere Blockaden und Demonstrationen stattgefunden.

aus *arranca!* herbst 2016
von Klima-AG der Interventionistischen Linken Berlin

Timeline Klimaaktionen Rheinland August 2017

19.-29. August	Klimacamp im Rheinland Connecting Movements Camp camp for [future]
18.-23. August	Degrowth Sommerschule
23./24. August	Radtour Animal Climate Action
25. August	Tour de [future]
26. August	Rote Linie - Menschenkette
24.-27- August	Kohle erSetzen - Sitzblockade
24.-29. August	Zucker im Tank Ende Gelände

Kontakt zur Gruppe Klima Aktion Oldenburg
oldenburg@ende-gelaende.org

Zucker im Tank

Der Widerstand der Klimabewegung gegen den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier geht in die nächste Runde. Im August 2017 werden verschiedene Akteur*innen die klimazerstörerischen Abläufe gehörig durcheinander bringen, denn der Klimawandel muss dort bekämpft werden, wo er verursacht wird. Durch „Zucker im Tank“ als ein*e Akteur*in sollen Kleingruppenaktionen gestärkt und sichtbarer gemacht werden!

Den Kampf ums Klima mit anderen herrschaftskritischen Inhalten und Kämpfen verknüpfen

Die kurzsichtige Profitlogik und der Wachstumszwang im Kapitalismus sind das Gegenteil einer nachhaltigen Lösung für die Klimakrise. Deshalb kann sie nicht mit kapitalistischer Logik gestoppt werden. Der Staat ist keine Institution in die wir Hoffnungen setzen, da er genau diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sichert. Mit der Überwindung des Kapitalismus allein ist der Klimawandel zwar noch nicht aufgehalten, aber die Rettung des Klimas und unserer Lebensgrundlagen ist nur ohne Kapitalismus möglich. Doch wir wollen nicht nur Kapitalismus und Staat bekämpfen, auch andere Herrschaftsstrukturen wie das Patriarchat oder Rassismus sind eng mit der Klimakrise verknüpft. Wir sind zwar alle von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, jedoch unterschiedlich stark, abhängig von Wohnort und Klasse und entlang von Kategorien wie Gender und Race. Der Kampf ums Klima ist zugleich auch ein feministischer, antirassistischer, anti-staatlicher und antikapitalistischer Kampf, ein Klassenkampf und ein Kampf gegen Tierausbeutung und Militarismus. Oder kurz: Ein Kampf gegen Herrschaft im Allgemeinen.

Gemeinsam die (Aktions-)Fähigkeiten aneignen, die wir brauchen

Selbstermächtigung in verschiedenen Bereichen ist ein wichtiger Schritt um Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Wir wollen erreichen, dass sich Menschen das nötige Wissen und die Fähigkeiten aneignen können, um selbst auch längerfristig direkte Aktionen durchzuführen. Dazu werden wir in den kommenden Monaten in Kooperation mit Anderen Skill-Shares in unterschiedlichen Städten veranstalten. Dabei soll es unter anderem um Aktionswissen, Organisierung in Kleingruppen und praktische Fähigkeiten gehen. Kontaktiert uns gerne wenn ihr Lust darauf habt!

Gemeinsam, verschieden, solidarisch

Der Widerstand im Rheinischen Revier ist plural und nutzt verschiedene Formen. Gerade diese Vielfalt macht ihn stark und wirkmächtig. Die Aktionstage 2017 wollen erreichen, dass verschiedene Akteur*innen mit ihren eigenen Aktionen und inhaltlichen Schwerpunkten sichtbar werden, und sich gleichzeitig aufeinander beziehen können. Das bedarf auch einer kritischen Solidarität und Respekt untereinander. Keine Aktion sollte eine andere unmöglich machen.

Seid Zucker im Tank

Wir wollen den Klimawandel aufhalten, und seine Ursache, den Kapitalismus, abschaffen. Aber nicht nur: Wir kämpfen für eine Zukunft, die so frei von Herrschaft ist, wie irgendwie möglich. Wir freuen uns darauf, den Kampf gegen die Braunkohle 2017 vielfältig weiterzuführen!

von Zucker im Tank

Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik
Kritik & Perspektiven um Organisierung und revolutionäre Praxis

Neben einer stillen Ohnmacht, die viele von uns derzeit vor dem Hintergrund der sich rasant verschärfenden Angriffe des kapitalistischen Systems und der fehlenden Stärke linker Bewegungen befällt, nehmen wir in den letzten Jahren aber auch hoffnungsvoll eine neue Suchbewegung unter Linken und Linksradikalen wahr. Die Frage nach einer möglichen tatsächlichen Alternative zum Kapitalismus wird wieder stärker diskutiert – oder die Diskussion darüber zumindest stärker eingefordert - ebenso wie die Diskussion über die Frage, mit welchen konkreten Mitteln und Methoden eine tatsächliche Überwindung des kapitalistischen Systems denkbar sein könnte. Diese Suchbewegungen zeigen sich in den zahlreichen Diskussionen, die wir egal wohin wir kommen, mit Genoss_innen führen, den zahlreichen Strategiepapieren, die in den letzten Jahren veröffentlicht wurden und der in ihnen geäußerten Kritik an unserer bisherigen Politik sowie der Suche nach Strategien, die den aktuellen Entwicklungen entsprechen.

Die vorliegenden elf Thesen verstehen wir als einen Beitrag zu dieser Diskussion und der Suche nach einer Neuausrichtung linksradikaler Politik. Wir sind (bisher) ein kleiner Zusammenhang aus Personen, die aus unterschiedlichen ideologischen Traditionen (marxistisch, marxistisch-leninistisch, autonom, anarchistisch und libertär kommunistisch) und geographischen Hintergründen (BRD, Türkei, Iran, Kurdistan) kommen. Wir sind uns auf den üblichen Aktionen und Bündnistreffen in Bremen begegnet und sind zunehmend über die Frage in Diskussion gekommen, wie eine konkrete Gesellschaftsveränderung in der hiesigen Gesellschaft aussehen könnte und welcher konkreten Schritte es hierfür bedarf. Gemeinsam war uns die Unzufriedenheit mit unserer bisherigen Politik und die fehlenden Perspektiven sowohl der radikalen deutschen als auch migrantischen Linken in der BRD. Aus diesen anfangs eher lockeren Begegnungen ist inzwischen ein fester Zusammenhang geworden. Neben unseren eigenen Erfahrungen haben wir auch einige der veröffentlichten Strategiepapiere und Analysen anderer Gruppen gemeinsam gelesen und diskutiert.

Die vorliegenden elf Thesen verstehen wir als einen Beitrag zu dieser Diskussion und der Suche nach einer Neuausrichtung linksradikaler Politik.

Aus unseren Diskussionen sind die vorliegenden Thesen entstanden. Wir haben versucht, in ihnen auszudrücken, was unsere Kritik an unserer bisherigen Politik bzw. der Politik von weiten Teilen der in der Bundesrepublik lebenden radikalen Linken ist. Darüber hinaus enthalten sie auch unsere Gedanken zu der Frage, welche konkreten Veränderungen unserer Praxis wir für notwendig erachten. Die Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen bildete zwar eine wichtige Grundlage für unsere Diskussionen und Ergebnisse, in der Ausformulierung der Thesen haben wir uns jedoch stärker auf die Frage konzentriert, welche Rückschlüsse wir daraus für eine konkrete Veränderung der Praxis ziehen. Auch weil wir das Gefühl haben, dass diese konkreten Schritte in den meisten der veröffentlichten Strategiepapiere zu kurz gekommen sind.

Wir sehen die Thesen nicht als der Weisheit letzter Schluss, sondern als eine Zusammenfassung unseres bisherigen Diskussionsstandes. Viele Fragen werden dabei von uns eher aufgeworfen als beantwortet. Mit der Veröffentlichung möchten wir uns der laufenden Debatte anschließen und mit allen denjenigen in Austausch treten, die an ähnlichen Punkten stehen oder ähnliche Fragen diskutieren. Entsprechend freuen wir uns über eure Kritik, Rückmeldungen, Ergänzungen, weitere Diskussionsbeiträge, Einladungen zu Austauschtreffen etc.[1]. Wir selbst planen unsererseits, Interessierte zu weiteren Austauschtreffen einzuladen, um die Diskussion um Organisierung und revolutionäre Praxis in der BRD zu intensivieren. Unser Ziel darüber hinaus ist, der Beginn eines tatsächlichen Organisierungsprozesses.

Revolutionäre Politik in der Bundesrepublik

Wir sind uns bewusst, dass sich in unrevolutionären Zeiten keine revolutionäre Praxis in der Masse führen lässt.

1) Wenn ihr an einer Antwort oder eigenen Papieren arbeitet, dann gebt uns gerne eine kurze Rückmeldung. Wir selbst haben dies leider nicht gemacht, so dass diejenigen Gruppen, deren Papiere uns sehr inspiriert haben, nun erst knapp ein Jahr später eine Reaktion von unserer Seite erhalten. Darüber hinaus halten wir persönliche Treffen im Rahmen der allseitigen Mobilität als die sinnvollere und wichtigere Ergänzung zu der Veröffentlichung von Strategiepapieren.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Realität revolutionärer Politik in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht mit den Potentialen übereinstimmt. Und dies hat auch etwas mit der bisherigen Ausrichtung linksradikaler Politik zu tun. Wir können zwar keine direkte revolutionäre Entwicklung erwarten, aber wir können wesentlich mehr dafür tun, dass sich dieses Potential entwickelt und uns besser vorbereiten. Und dies trotz – oder gerade wegen – der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen rechtspopulistischen und rassistischen Ideologien zuwenden, in denen die autoritäre und militarisierte Umgestaltung der Gesellschaft in einer neuen Dimension zugespitzt wird.

Vor dem Hintergrund der rassistischen und nationalistischen Mobilisierungen und dem Fehlen breiter sozialer Bewegungen in der BRD ist eine verbreitete Reaktion der hiesigen radikalen Linken, die Möglichkeit echter revolutionärer Veränderungen in dieser Gesellschaft als naiv oder illusionär abzustreiten und die bundesdeutsche Gesellschaft als reaktionär und unveränderbar abzustempeln. Diesem Aspekt sowie seiner Kritik widmet sich die erste These Revolutionäre Politik heißt, um das Potential der Gesellschaft zu wissen. Im Zentrum unserer Analysen stand zudem die Feststellung, dass die fehlende Organisierung von radikalen Linken eine der zentralen Ursachen für ihre Strategie- und Wirkungslosigkeit ist. Entsprechend nimmt die zweite These Die Basis einer gesellschaftlichen Kraft ist die Organisierung einen zentralen Platz ein. In den ihr folgenden Thesen versuchen wir, einige Grundlagen einer möglichen Organisierung von radikalen Linken sowie einer revolutionären Praxis näher zu umreißen. Aufgrund der Zusammensetzung unserer Gruppe sowie unserer gemeinsamen Analysen spielt Internationalismus als strategischer Leitfaden für uns eine wichtige Rolle, sowohl für den Organisierungsprozess an sich als auch im Hinblick auf die strategische Ausrichtung unserer politischen Praxis (These 3). Die von uns für relevant erachtete Praxis versuchen wir in der vierten These Neuausrichtung linksradikaler Politik zu konkretisieren. Dabei gehen wir in der fünften These Das Leben mit einbeziehen nochmal etwas genauer auf die Frage ein, inwiefern der Auf- und Ausbau linksradikaler Projekte als Strategie der Gesellschaftsveränderung aus unserer Sicht sinnvoll ist. Der Kritik an der oftmals subkulturellen, selbstbezogenen und identitären Ausrichtung linksradikaler Politik sowie der Frage, wieso sich dies trotz vielfältiger, jahrzehntelanger Kritik nicht verändert, gehen wir in der sechsten These Raus aus der Subkultur nach. Dem schließen sich Überlegungen zur Frage der revolutionären Lebensführung bzw. der Entwicklung einer revolutionären Kultur in linksradikalen Strukturen in der siebten These Revolutionäre Kultur statt neoliberale Werte an. Mit dem Niedergang der linken Bewegungen in den 90er Jahren ist auch die Auseinandersetzung mit echten Alternativen zum Kapitalismus in weiten Teilen der radikalen Linken in den Hintergrund gerückt. In unserer achten These Alternativen aneignen und

Vor dem Hintergrund der rassistischen und nationalistischen Mobilisierungen

verbreiten erklären wir, warum wir die Diskussion um und Suche nach möglichen alternativen Gesellschaftsmodellen als ein zentrales Element linksradikaler Politik begreifen. Sowohl bei der Suche nach alternativen Gesellschaftsmodellen als auch bei der Bestimmung unserer Praxis und Strategie spielt für uns die Auseinandersetzung mit revolutionären Theorien eine große Rolle. Dabei besteht jedoch die Tendenz (die sich auch aktuell wieder stärker zeigt), sich ausschließlich einzelnen geschlossenen Theoriegebäuden zu zuwenden und dadurch die Grabenkämpfe aus der Geschichte ohne materielle Notwendigkeit zu wiederholen. In der neunten These setzen wir uns deshalb mit dem Umgang mit Theorie und revolutionären Theorietraditionen auseinander. Schließlich kommen wir in der zehnten These auf die Bedeutung von Bildung sowohl als festem Bestandteil innerhalb einer organisierten radikalen Linken als auch langfristig im Rahmen des Aufbaus eines alternativen Bildungssystem i.S. von Akademien von unten zu sprechen. Obwohl die in unseren Thesen formulierte Kritik und beschriebene Notwendigkeit zur grundlegenden Veränderung linksradikaler Politik nicht neu ist, hat sich bisher herzlich wenig an unserer Politik geändert. Deshalb steht in der elften und letzten These Es braucht den bewussten Bruch mit dem Gewohnten unserer bisherigen Praxis nochmal die Frage im Mittelpunkt, wie wir vermeiden können, dass unsere geäußerten Kritiken, Strategiepapiere und Diskussionsergebnisse nicht nur Papiertiger bleiben, sondern auch in einer veränderten Praxis ihren Niederschlag finden.

Bevor die Thesen beginnen, möchten wir an dieser Stelle eine kurze Bemerkung zu der Frage nach der Bedeutung unterschiedlicher Unterdrückungsformen voranstellen. Dies schien uns notwendig, da wir in den Thesen häufig vom „Kampf gegen den Kapitalismus“ oder „dem herrschenden kapitalistischen System“ schreiben ohne andere Unterdrückungsformen explizit zu benennen. Wenn wir in den elf Thesen insgesamt tatsächlich (zu) wenig auf die spezifischen Fragen des Kampfes gegen das Patriarchat oder rassistische Strukturen eingehen, so heißt das nicht, dass wir darin prinzipiell keine Notwendigkeit sehen oder diese als nachrangig betrachten. Vielmehr teilen wir die Ansicht, dass die gesellschaftliche Totalität nicht im Kapitalverhältnis aufgeht bzw. sich mit der Überwindung des Kapitalverhältnisses nicht alle anderen Unterdrückungsformen von selbst aufheben. Es ist wohl überflüssig, zu betonen, dass Patriarchat und Rassismus (ebenso wie andere Unterdrückungsformen) lange existierten, bevor sich der Kapitalismus entwickelt hat. Gleichzeitig befinden wir uns heute in der historischen Phase des Kapitalismus, der als herrschendes Organisationsprinzip der Gesellschaft alle anderen Unterdrückungsformen verbindet, überlagert, verstärkt, verformt bzw. teilweise sogar verringert.

Entsprechend sind die (häufig voneinander getrennt geführten) Kämpfe gegen die unterschiedlichen Unterdrückungsverhältnisse im kapitalistischen System nur zusammen zu denken und zu führen. Die Geschichte zeigt uns an

zahlreichen Beispielen, dass die Trennung der unterschiedlichen Kämpfe voneinander zum Scheitern verurteilt ist. So wird der Kampf gegen das Patriarchat ohne antikapitalistische Perspektive vom System verschluckt und läuft zwangsweise ins Leere. Und auf der anderen Seite haben wir in vielen revolutionären Bewegungen der Vergangenheit gesehen, dass Frauen trotz ihrer Beteiligung an der Revolution in deren Folge letztlich doch wieder an den Herd verbannt wurden. Die Überwindung des patriarchalen Systems ebenso wie rassistischer Strukturen und anderer Unterdrückungsformen muss von Beginn an zentraler Bestandteil unseres Kampfes sein und auch innerhalb von unseren eigenen Strukturen thematisiert werden. Vor allem in traditionellen linken Gruppen findet sich die Tendenz, Revolution aus rein ökonomistischer Perspektive zu betrachten. Wenn wir jedoch von Kapitalismus sprechen, dann meinen wir damit nicht nur die ökonomische Seite, sondern alle Facetten der Ausbeutung und Unterdrückung in der heutigen Gesellschaft. Revolution begreifen wir in diesem Sinne als einen kontinuierlichen Prozess zur Überwindung aller Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen.

von Kollektiv aus Bremen

These 1

Revolutionäre Politik heißt, um das Potential der Gesellschaft zu wissen

Es ist egal, wo wir hinschauen, ob in die aktionsorientierten und praxisbestimmenden Gruppen oder die theoriebezogenen und meinungsbildenden Kreise – eines ist hierzulande bei allen Unterschieden einem Großteil der Linksradikalen gemein: sie empfinden eine tiefe Abneigung gegen die Gesellschaft und fühlen sich ihr überlegen. Und tatsächlich fällt es auf den ersten Blick auch gar nicht schwer, Gründe zu finden, welche zumindest die Ablehnung der Gesellschaft nachvollziehbar erscheinen lassen. Seien es die nationalsozialistischen Kontinuitäten, die Autoritätsgläubigkeit, rassistische, nationalistische, sexistische und homophobe Tendenzen, die selbstgefällige und verlogene Ideologie der Vorzeigedemokratie und Hort der Menschenrechte, welche die innenpolitischen Verhältnisse schönfärbt, vor allem aber dazu dient, die Verantwortung deutscher Geopolitik für weltweites Elend, Ausbeutung und Unterdrückung auszublenden und fortzuschreiben bis hin zum unerschütterlichen Glauben an das eigene Opfer- und Zukurzgekommensein. Folglich sehen wir uns nicht nur im Kampf gegen staatliche und wirtschaftliche Machtstrukturen, sondern in einem Kampf gegen die Gesellschaft als Ganzes.

Die Gesellschaft auf diese Weise abzuschreiben (und abzuspalten[1]), heißt jedoch nichts anderes, als sich – bewusst oder unbewusst - von jedem Anspruch auf eine radikale und emanzipative Gesellschaftsveränderung zu verabschieden. Denn die tatsächliche Überwindung kapitalistischer, patriarchaler und staatlicher Strukturen kann weder für die Gesellschaft erkämpft noch ohne oder gegen sie durchgesetzt werden. Vielmehr ist Revolution nur als kontinuierlicher Prozess zu verstehen, der von breiten Teilen der Bevölkerung getragen und erkämpft wird. Andernfalls verkommt Revolution zu einem Herrschafts- und Zwangsprojekt von oben oder linksradikale Politik zu Elitarismus, weil der Kampf für die Gesellschaft den Kampf in und mit ihr ersetzt.

Da Revolution nur als gesellschaftliche Bewegung von unten gedacht werden kann, haben viele Linksradikale die Möglichkeit revolutionärer Bewegungen in der hiesigen Gesellschaft weitgehend abgeschrieben (auch wenn sie weiterhin verbal an der Abschaffung von Staat und Kapitalismus festhalten). Soziale Kämpfe und revolutionäre Erhebungen mögen an anderen Orten der Welt entstehen, die bundesdeutsche Gesellschaft ist für viele radikale Linke hingegen fast schon qua Definition reaktionär und tendenziell faschistisch. Dadurch wird linksradikale Politik zwangsläufig reformistisch und bleibt (günstigenfalls) ein Korrektiv für Missstände des kapitalistisch-parlamentarischen Systems.

Da Revolution nur als gesellschaftliche Bewegung von unten gedacht werden kann

Ein genauerer Blick auf die Gründe für die linksradikale Ablehnung der Gesellschaft zeigt, dass sie (neben individuellen Motiven, siehe dazu These 6) auf einem falschen Verständnis der Wechselwirkung von Staat, Gesellschaft und Individuum beruht ebenso wie auf einem fehlenden Geschichtsbewusstsein. Tatsächlich spiegeln sich darin vielfach Bestandteile bürgerlicher Ideologie wider. So zum Beispiel in der Gleichsetzung von Strukturen und Individuen

beim Versuch, die Ursachen für reaktionäre Ideologien und Unterdrückung zu untersuchen. Wird z.B. Rassismus nur als individueller Affekt betrachtet und die zugrunde liegende soziale Struktur vernachlässigt, bleibt als Erklärung nur die Annahme der moralischen Deformation des Individuums - die individuelle Unmenschlichkeit („der Mensch, zumal der Deutsche, ist schlecht“) - und die Möglichkeiten politischer Einflussnahme werden – wenn überhaupt - auf persönliche Verhaltensappelle reduziert. Die Gleichsetzung von Strukturen und Individuen (anstatt sie als dialektisches Verhältnis zu begreifen) führt darüber hinaus zu der in linksradikalen Kreisen weit verbreiteten – und in den spezifischen historischen Bedingungen der BRD begründeten - Gleichsetzung von Gesellschaft und Staat. Durch diese Gleichsetzung wird der Kampf gegen den kapitalistischen Staat automatisch zu einem Kampf gegen die Gesellschaft an sich. Die daraus hervorgehende Selbstisolation der radikalen Linken hat zur Folge, dass wir uns in unserem Kampf gegen das System alleine und ohnmächtig wiederfinden und Revolution in unserer Praxis unmöglich erscheint.

Um das grundlegende Potential für emanzipative Veränderungen auch in der bundesdeutschen Gesellschaft zu erkennen, ist es wichtig, dass wir zwischen Strukturen und Individuen und zwischen Staat und Gesellschaft unterscheiden und uns selbst als ein Teil der gespaltenen und widersprüchlichen Gesellschaft begreifen.

Gleichzeitig ist es notwendig, aus der historischen Unmittelbarkeit herauszutreten und unseren historischen Blick zu weiten. Die Erfahrungen der Niederlagen und das Ausbleiben von positiven Kämpfen und Bezugspunkten in den letzten Jahrzehnten lässt diese Erfahrungen als eine endgültige, unbesiegbare Realität erscheinen. Gleichzeitig bildet die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Kontinuitäten für viele radikale Linke in der Bundesrepublik einen wichtigen Ausgangspunkt der Politisierung. Die (wichtige und dringend notwendige) Auseinandersetzung mit dem Faschismus und seinen Folgen bleibt jedoch häufig der einzige historische Bezugspunkt, während das Wissen über die zahlreichen, vergangenen revolutionären Bewegungen und Kämpfe in der hiesigen Gesellschaft weitgehend verloren gegangen ist. Eine Ausweitung unseres historischen Blickes und die Auseinandersetzung mit den widerständigen Momenten auch in diesen Breitengraden zeigt, dass innerhalb der Gesellschaft sowohl autoritäre und faschistische Tendenzen als auch emanzipative und revolutionäre vorhanden sind.

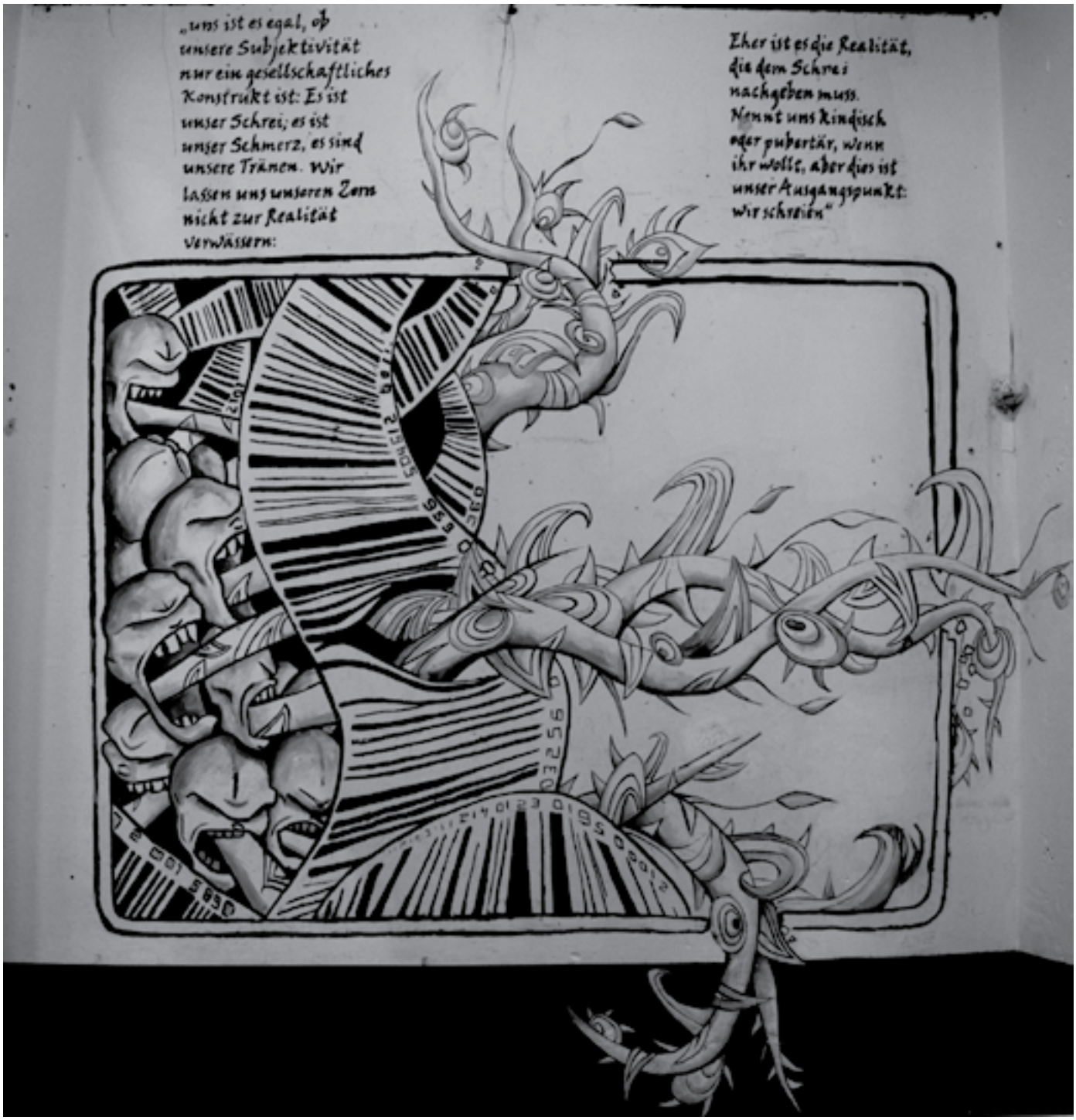
Bewegungen wie 15M, die Gezi-Proteste, die Aufstände im „arabischen Frühling“ aber auch die Besetzungen und der Widerstand gegen die neue Arbeitsrechtsreform in Frankreich sind die aktuellsten Beispiele dafür, dass auch in Gesellschaften, in denen selbst Linke vor Ort keinerlei Potential zur Veränderung mehr gesehen haben, plötzliche soziale Bewegungen entstehen können. Dieses Potential wird tendenziell zunehmend, weil die aggressive Entwicklung des Neoliberalismus weltweit dazu führt, dass die zerstörerische Kraft des Kapitalismus und seine immanenten Widersprüche[2] immer offensichtlicher werden. Gleichzeitig finden sich immer mehr Menschen in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen wieder, verarmen oder werden marginalisiert. Auch gesellschaftliche Gruppen, die bisher teilweise vom Kapitalismus profitiert haben, verlieren zunehmend ihre Privilegien oder bekommen die Folgen seiner krisenhaften Entwicklung am eigenen Leib zu spüren. Dadurch wächst die Anzahl derjenigen, die ein existentielles Interesse an der Veränderung der Verhältnisse haben, beständig. Diese Tatsache führt nicht automatisch oder zwangsläufig zur Entwicklung von emanzipativen sozialen Protesten oder gar revolutionären Erhebungen. Dennoch bildet die wachsende Unzufriedenheit mit der eigenen Lage und den herrschenden Verhältnissen die Grundlage dafür, dass Menschen das Bedürfnis und die Bereitschaft zur Veränderung entwickeln. Wenn die radikale Linke dieses Potential nicht ernst nimmt, selbst keine Perspektive entwickelt und sich der gefühlten Ohnmacht hingibt, macht sie sich mitverantwortlich, dass reaktionäre und rechte Bewegungen als vermeintliche Lösungsansätze an Stärke gewinnen.

Wenn das Ziel unseres politischen Handelns die tatsächliche Überwindung der kapitalistischen, patriarchalen und staatlichen Verhältnisse ist, dann müssen wir deshalb zu aller erst das Wissen um die Möglichkeit der emanzipativen Gesellschaftsveränderung auch in dieser Gesellschaft in uns selbst und in der Gesellschaft wieder stärken und verbreiten. Das bedeutet auch, die allgemeine menschliche Fähigkeit zur Entfaltung, Entwicklung und Befreiung anzuerkennen und ernst zu nehmen.

von Kollektiv aus Bremen

1) Die Abneigung gegenüber der Gesellschaft führt auch dazu, dass viele radikale Linke sich selbst und die eigenen Strukturen und Orte als etwas betrachten, das außerhalb des (vermeintlich homogenen) gesellschaftlichen Ganzen existiert. Das verstärkt nicht nur die Selbstisolation linksradikaler Politik sondern verkennt auch die vielen Spaltungen und Widersprüche innerhalb der Gesellschaft ebenso wie die Potentiale für eine Gesellschaftsveränderung.

2) Damit meinen wir nicht nur die ökonomischen Veränderungen, sondern es gibt zahlreiche strukturelle Widersprüche, die sowohl zur Instabilität des Systems als auch zur Unzufriedenheit und Unruhe beitragen (zunehmende Umweltzerstörung, Entfremdung und Vereinsamung, neoliberale Umstrukturierung der Sozialsysteme (Pflege, Gesundheit, Bildung etc.) und deren zunehmende Aushöhlung etc.


„uns ist es egal, ob
unsere Subjektivität
nur ein gesellschaftliches
Konstrukt ist: Es ist
unser Schrei; es ist
unser Schmerz, es sind
unsere Tränen. Wir
lassen uns unseren Zorn
nicht zur Realität
verwässern:
Eher ist es die Realität,
die dem Schrei
nachgeben muss.
Nennt uns kindisch
oder pubertär, wenn
ihr wollt, aber dies ist
unser Ausgangspunkt:
wir schreien"

These 2

Die Basis einer gesellschaftlichen Kraft ist die Organisierung

Innerhalb der radikalen Linken, unter linken Akademiker_innen sowie allgemein unter jungen politischen Aktivist_innen innerhalb der BRD (aber auch in vielen anderen westlichen Staaten[1]) herrscht eine weit verbreitete Organisierungsfeindlichkeit bzw. wird in Organisierung zumindest keine Notwendigkeit gesehen. Vielmehr gibt es viele kleine, voneinander getrennt geführte und teilweise gegenseitig gespaltene Gruppen und Kämpfe.

Einer der wichtigsten Gründe für die Organisierungsfeindlichkeit unter Linksradikalen liegt unserer Meinung nach darin, dass das Wissen um radikaldemokratische, antiautoritäre Formen der Organisierung weitgehend verloren gegangen ist. Wenn vom Aufbau revolutionärer Organisationen gesprochen wird, dann assoziieren die meisten damit dogmatische Kader-, Führungs- oder Zentralismuskonzepte, in denen Autorität, Hierarchie, Instrumentalisierung, Entfremdung der Mitglieder sowie Bürokratie reproduziert werden (und deshalb zurecht insbesondere in anti-autoritären Kreisen abgelehnt werden). Aber auch linksradikale Gruppen, die sich positiv auf Organisierung beziehen, greifen in den Debatten und tatsächlichen Organisierungsvorhaben fast ausschließlich auf eben jene Ansätze zurück.

Als weiterer wichtiger Grund ist der wachsende Einfluss von Theorien zu nennen, die mit dem Niedergang der sozialistischen Bewegungen aus einer Ablehnung orthodox marxistischer Theorien oder als Reaktion auf marxistische Traditionen entstanden sind (Postmodernismus, Poststrukturalismus, Postmarxismus)[2]. Sie lehnen die Möglichkeit und Notwendigkeit von Massenmobilisierungen sowie eines organisierten Kampfes theoretisch ab und betonen anstatt dessen Mikropolitik oder die Spontaneität der Massen. Unter Linksradikalen haben sich diese Theorien inzwischen als hegemoniale Diskurse etabliert, was den Aufbau von revolutionären Organisationen erheblich erschwert.

Die Notwendigkeit zum Aufbau einer revolutionären Organisation ergibt sich für uns sowohl aus der Analyse der Auswirkungen der kapitalistischen Verhältnisse als auch aus der Analyse historischer und gegenwärtiger revolutionärer Erhebungen, ihren Entstehungsbedingungen sowie den Gründen für ihr Scheitern.

Organisierung als Notwendigkeit, die sich aus der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse ergibt

Die postfordistische Organisation der Produktionsweise hat auch der Gesellschaft neue Bedingungen aufgezwungen, aus denen die heutigen neoliberalen Strukturen entstanden sind. Die Logik des Kapitals bzw. die rein ökonomische Logik hat alle Bereiche der Gesellschaft eingenommen. Als Konsequenz haben sich Faktoren wie Konkurrenz, Leistungs- und Arbeitszwang, Individualisierung und Prekarität etabliert, die zur Spaltung und Atomisierung der Gesellschaft führten und führen. Unter solchen Bedingungen werden nicht nur gemeinsame Probleme als individuelle Probleme wahrgenommen und ihnen individuell begegnet. Jede und jeder ist dem kapitalistischen System nach der Zerstörung kollektiver sozialer Strukturen infolge der Durchsetzung des Neoliberalismus[3] auch tatsächlich einzeln und allein ausgesetzt, sei es im Betrieb, vor dem Amt, etc. Es ist kein Wunder, dass unter diesen prekären Bedingungen Konkurrenz den Platz von Solidarität einnimmt und Individualisierung den Platz von Gemeinschaftlichkeit. Auch werden rassistische und nationalistische Spaltungstendenzen gestärkt. Die gesellschaftlichen Bedingungen für spontane emanzipative Organisierungsprozesse werden dadurch erheblich erschwert.

Weil die Hegemonie der kapitalistischen Ideen eine strukturelle Hegemonie ist, ist es nicht möglich, einzeln

1) Auch in vielen Ländern des globalen Südens ist eine Organisierungsfeindlichkeit innerhalb junger Aktivist_innen und linken Akademiker_innen zu finden. In Diktaturen wie z.B. dem Iran kommt als weiterer Grund für die kritische Haltung gegenüber politischen Organisationen die massive staatliche Repression gegenüber diesen und damit verbunden, die Erfahrungen der existentiellen Bedrohung organisierter politischer Arbeit hinzu.

2) In vielen linken Strömungen in Europa war der Niedergang sozialistischer Bewegungen und Modelle viel früher als der Zusammenbruch der Sowjetunion spürbar. Die Wurzeln poststrukturalistischer und postmoderner Theorien reichen entsprechend bis in die 60er Jahre zurück.

3) Um präziser zu sein, muss man an dieser Stelle hinzufügen, dass eine wichtige Phase der Zerschlagung kollektiver revolutionärer Strukturen bereits im Nationalsozialismus stattgefunden hat.

oder in gespaltenen, kleinen Gruppen gegen sie anzukämpfen. Die Prekarität hat auch die materiellen Bedingungen des politischen und sozialen Kampfes von Linksradikalen verändert. Unorganisiert und vereinzelt wächst die Gefahr, dass wir die herrschenden Denkweisen verinnerlichen und reproduzieren oder im Versuch aufgesogen werden, die eigenen Alltagsprobleme individuell zu lösen. Um vor diesem Hintergrund emanzipative Denkweisen zu verteidigen, zu entwickeln und auszuweiten, bedarf es eines organisierten, kollektiven Kampfes. Gleichzeitig bildet Organisierung die Grundlage für politisches Handeln, das sich an der Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklungen orientiert und daraus Strategien, Taktiken und Ziele ableitet. Die vielen Strategiedebatten in unseren Strukturen und die häufig geäußerte Kritik an unserer Politik werden keine Veränderungen zur Folge haben, solange es keinen festen organisierten Rahmen gibt, in dem Veränderung gemeinsam stattfinden kann.

Organisierung als Notwendigkeit, die sich aus der Analyse historischer und gegenwärtiger revolutionärer Erhebungen ergibt

Neben der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse zeigt aber auch eine Analyse der Entstehung und des Verlaufs von revolutionären Erhebungen die Notwendigkeit für organisierte revolutionäre Strukturen. Wir gehen nicht davon aus, dass der Zeitpunkt gesellschaftlicher oder revolutionärer Erhebungen durch revolutionäre Organisationen bestimmt oder vorhergesagt werden kann. Dieser hängt auch von den materiellen und historischen Bedingungen ab.

Die Geschichte zeigt aber, dass revolutionären Erhebungen ebenso wie radikalen Kämpfen häufig jahrzehntelange, kontinuierliche, geduldige, organisierte Arbeit vorausgegangen ist. Sehr anschaulich wird dies z.B. in der russischen Revolution von 1905, der spanischen Revolution von 1936 oder den aktuellen Entwicklungen in Rojava.

Dies macht deutlich, dass revolutionäre Organisationen zur Entstehung einer revolutionären Bewegung beitragen können. In unrevolutionären Zeiten sehen wir die Aufgaben vor allem darin, die Ideen und Methoden der Selbstorganisierung von unten, radikale revolutionäre Diskurse und Analysen in der Gesellschaft zu verbreiten, zum Aufbau

Die Notwendigkeit zum Aufbau einer revolutionären Organisation ergibt sich für uns aus der Analyse der Auswirkungen der kapitalistischen Verhältnisse.

selbstorganisierter Strukturen in allen Lebensbereichen aktiv beizutragen und aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in denen für die Durchsetzung konkreter Verbesserungen gekämpft wird, sowie Auseinandersetzungen und Kämpfe anzustoßen und zu radikalisieren (siehe dazu ausführlich These 4). Zudem ist es wichtig, soziale und solidarische Strukturen im Sinne einer widerständigen Infrastruktur aufzubauen. Diese sind nicht nur für einen dauerhaften Kampf unabdingbar, sondern auch während revolutionärer Prozesse oftmals entscheidend dafür, dass Aufstände trotz der Angriffe des Systems weiter bestehen können.

Auch die Analyse historischer und gegenwärtiger Aufstände zeigt, dass das Vorhandensein von organisierten Strukturen für den Verlauf von Aufständen von elementarer Wichtigkeit ist. Bewegungen scheitern in sozialen Kämpfen ebenso wie in revolutionären Situationen, wenn sie nicht über eigene ständige organisierte Strukturen verfügen. Zwar sind die Spontaneität der Massen in Kombination mit den materiellen Bedingungen maßgeblich für das Ausbrechen revolutionärer Situationen, die Organisiertheit ist jedoch wichtig für deren Erfolg und Fortbestehen. Andernfalls überlassen wir den Erfolg spontaner Erhebungen völlig ihrer spontanen Durchsetzungskraft gegenüber den organisiert vorgehenden Angriffen des Systems.

Die für viele überraschend aufgebrochenen Erhebungen in den letzten Jahren wie die grüne Bewegung im Iran, die Aufstände des arabischen Frühlings in Ägypten, Tunesien, Syrien, die Gezi-Proteste in der Türkei, die Massenproteste des 15M in Spanien, die Anti-Austeritätsproteste in Griechenland haben zwar gezeigt, dass innerhalb dieser Bewegungen spontan Methoden und Elemente der Selbstorganisierung von unten entwickelt und angewandt wurden und ähnliche Basisstrukturen wie Stadtteilkomitees entstanden sind. Gleichzeitig waren diese spontanen Erhebungen aber massiven Angriffen durch die alten Regimes, reformistische oder konterrevolutionäre Kräfte ausgesetzt, die ihrerseits organisiert vorgingen und versuchten, die Bewegungen zu spalten, zu instrumentalisieren, zu zerschlagen etc. Wenn Menschen in spontanen Erhebungen erst anfangen, sich die Kenntnisse, die Strukturen und die Erfahrung von Selbstorganisierung sowie das politische Bewusstsein und eine revolutionäre Analyse anzueignen,

wenn sie am meisten den Angriffen der konterrevolutionären Kräfte ausgesetzt sind, führt das dazu, dass sie nicht in der Lage sind, langfristig zu bestehen.

Die Bewegungen im Iran, der Türkei, Ägypten etc. haben allesamt gezeigt, wie groß die Sehnsucht der Menschen nach Solidarität und Gemeinschaftlichkeit ist und was für ein Potential an gegenseitiger Unterstützung, Kreativität und Solidarität sich in diesen Bewegungen entfaltet hat. Damit solche Aufstände oder Bewegungen aber nicht nur wellenartig entstehen und sich wieder zurück ziehen, zerschlagen oder instrumentalisiert werden, braucht es organisierte revolutionäre Strukturen. Ihre Rolle sehen wir darin, von Beginn an dazu beizutragen, revolutionäre Diskurse zu stärken, Wissen und Methoden weiter zu geben, solidarische soziale Strukturen zur Verfügung zu stellen und so die Gefahren der Spaltung und der Angriffe zu verringern. Es ist fatal zu glauben, unorganisierte oder spontan organisierte Bewegungen könnten sich gegen die organisierten, machtvollen Angriffe des Systems auf Dauer zur Wehr setzen oder diesen Stand halten.

Durch die fehlende Organisierung verfügt linksradikale Politik heutzutage zudem kaum über eine öffentliche Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und damit Anschlussfähigkeit. Dies führt den Verlust der gesellschaftlichen Relevanz linksradikaler Gruppen fort, was wiederum die Spaltung zwischen der Gesellschaft und Linksradikalen vertieft. Ein weiterer Aspekt fehlender Organisierung ist, dass Erfahrungen zwischen Generationen von Aktivist_innen nicht weitergegeben werden können und alle immer wieder von vorne beginnen. Ebenso fehlt die Möglichkeit organisierte Bildungs- und Jugendarbeit zu betreiben und dadurch eine über das (lokal-)mikroskopische hinausreichende Breitenwirkung zu entfalten. Last but not least sind organisierte Strukturen auch sinnvoll, um einzelne lokale oder (Teilbereichs-)Kämpfe miteinander in Verbindung zu setzen und somit dazu beizutragen, dass das Bewusstsein über die zugrunde liegenden, gemeinsam erlebten gesellschaftlichen Ursachen gestärkt wird.

Was wollen wir?
Wir denken die Frage von Organisierung muss auf zwei miteinander verbundenen Ebenen angegangen werden: Zum einen halten wir den Aufbau einer nicht-hierarchischen, überregionalen, revolutionären Organisation von Menschen für notwendig, die sich dem Gedanken und den Methoden der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Emanzipation verschrieben haben.

Zum anderen streben wir den Aufbau von Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation in allen gesellschaftlichen Bereichen und Kämpfen an, so dass der Gedanke und die Methoden der Selbstorganisation von unten immer selbstverständlicher werden und auch in Protest- und Widerstandsbewegungen immer schwerer zu beseitigen sind (sowohl durch Eingriffe von außen wie auch durch selbsternannte Führer_innen von innen). Auf diese zweite Ebene der Organisierung gehen wir in These 4 ausführlich ein.

Wenn wir vom Aufbau einer politischen Organisation sprechen, dann ist zu allererst zu betonen, dass wir hierarchische Organisationsformen und Führungskonzepte für gesellschaftliche Emanzipation und Selbstbestimmung für vollkommen untauglich halten.

Aufbau einer revolutionären Organisation
Wir sind nicht in der Lage, in diesem Text eine konkrete Skizze einer revolutionären Organisation zu entwerfen. Dies muss im gemeinsamen Aufbauprozess und aus einer gemeinsamen Praxis und Diskussion entstehen. Dennoch erachten wir es für notwendig, dass sich Menschen organisieren, die in grundlegenden Fragen übereinstimmen. Wir streben i.d.S. keine Organisierung von heterogenen linksradikalen Gruppen auf minimalem gemeinsamen Nenner an. In den folgenden Thesen versuchen wir verschiedene Aspekte und Komponenten zu benennen, die wir für den Aufbauprozess und die politische Ausrichtung einer solchen Organisation für zentral halten.

Wenn wir vom Aufbau einer politischen Organisation sprechen, dann ist zu allererst zu betonen, dass wir hierarchische Organisationsformen und Führungskonzepte für gesellschaftliche Emanzipation und Selbstbestimmung für vollkommen untauglich halten. Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass sie zur Unterdrückung der selbstorganisierten und emanzipatorischen Momente revolutionärer Bewegungen dienten und zur (Wieder-) Herstellung neuer Klassenherrschaft. Die Aufgabe der von uns angestrebten revolutionären politischen Organisation sehen wir dementsprechend weder darin, die Führung von Protest-, und Widerstandsbewegungen oder gar Revolutionen zu übernehmen noch für Menschen zu sprechen.

Aus der Ablehnung hierarchischer Führungskonzepte ergibt sich, dass wir uns auf Strategien und Organisationsformen rückbesinnen oder diese neu entwickeln müssen, in denen Menschen Erfahrungen mit Selbstbestimmung, Selbsttätigkeit und freiem, eigenständigen Denken sammeln können. Die Strukturen dieser Organisation müssen die freie Initiative der Basis schützen, statt sie einer Führung auszuliefern. Einige grundlegende Prinzipien für die Struktur und den Aufbau einer solchen Organisation sind für uns deshalb: die Autonomie der Basisorgane in allen

4) Dabei besteht die Gefahr, dass durch die autonomen Organisierungen von einzelnen Gruppen, Spaltungen innerhalb der Organisation reproduziert werden und der gemeinsame Kampf in zahlreiche einzelne, autonome Organisierungen zerfällt. Dennoch kann es auch wichtig und sinnvoll sein, dass sich einzelne Gruppierungen autonom organisieren. Diese Widersprüchlichkeit und Problematik muss im Prozess der Organisierung diskutiert und erprobt werden.

nur sie betreffenden Fragen, die Entscheidungsmacht bleibt bei der Basis, Delegation mit imperativen Mandat, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Rückrufbarkeit der Delegierten. Wie eine Organisation im Konkreten jedoch aussieht, wird auch abhängig sein, von den sich aus der Praxis und den konkreten materiellen Bedingungen ergebenden Notwendigkeiten.

Wir streben eine Organisierung auf der Basis gemeinsam geteilter Analysen, Strategien, Haltungen und Grundsätze an. Entsprechend organisieren wir uns trotz unserer unterschiedlichen Hintergründe und gesellschaftlichen Positioniertheiten bewusst in einer gemeinsamen Struktur. Wir sehen die gemeinsame Organisierung als Notwendigkeit um die politische Getthoisierung von migrantischen und nicht-migrantischen radikalen Linken zu überwinden und gegen die gesellschaftlichen Spaltungslinien zu arbeiten (siehe dazu auch These 3). Unsere Stärke liegt unserer Meinung nach in der gemeinsamen Organisierung. Dennoch werden wir es unterstützen, wenn bestimmte Gruppen, die von einzelnen Unterdrückungsverhältnissen betroffen sind, sich innerhalb der Organisation auch autonom organisieren[4].

Dem Aufbauprozess einer revolutionären Organisation stehen verschiedene Faktoren entgegen. Als wichtigster Faktor ist die bereits beschriebene Organisierungsfeindlichkeit und das fehlende Interesse an Organisierung unter radikalen Linken zu nennen. Die Erfahrung mindestens der letzten 35 Jahre linksradikaler Bewegung in der Bundesrepublik zeigt, dass der Prozess der Organisierung bewusst voran getrieben werden muss. Das Konzept der Vernetzung, die allmählich zum organischen Zusammenwachsen revolutionärer Zusammenhänge führen soll, hat sich in 35 Jahren nicht einmal bewahrheitet und erscheint uns deshalb ungeeignet. Bundesweite Diskussionen sind für uns nur Mittel der Verständigung unter ähnlich orientierten Aktiven aber kein Ersatz für den tatsächlichen Organisierungsprozess.

In Organisierungsprozessen stoßen wir jedoch auch an verinnerlichte kapitalistische und individualistische Denk- und Verhaltensweisen vieler radikaler Linker, die kollektiven Prozessen entgegen stehen oder diese erschweren. Sich zu organisieren, heißt, Kompromissfähigkeit zu entwickeln, kollektiv denken zu lernen und sich auch zurück nehmen zu können. Damit meinen wir nicht, eigene Überzeugungen und Standpunkte aufzugeben. Vielmehr gilt es zu unterscheiden zwischen grundsätzlichen Überzeugungen, über die es zu diskutieren und notfalls zu streiten gilt und der Tatsache, dass man nicht immer alles mit entscheiden, bestimmen oder beeinflussen muss. In der radikalen Linken sind egoistische Tendenzen und die Eigenschaft, immer die Unterschiedlichkeit zu betonen, stark verbreitet. Diese sind das Produkt der verinnerlichten neoliberalen Normen ebenso wie eine Folge jahrhundertelanger autoritärer Prägung. Daraus ergeben sich psychologische Faktoren, wie die Suche nach Anerkennung und Wertschätzung über Leistung und Profilierungsstreben, die Organisierungsprozesse deutlich hemmen können. Der Aufbau einer Organisierung erfordert es dagegen, sich immer wieder auf die Suche nach dem Gemeinsamen zu begeben, statt vorwiegend das Trennende zu suchen.

Uns ist bewusst, dass der Aufbau einer Organisation, sei sie auch auf basisdemokratischen nicht-hierarchischen Elementen aufgebaut, Gefahren birgt. Hier sehen wir die Entwicklung zu Bürokratismus und Organisationsegoismus, denen sich nur durch Bewusstmachung und ständiger selbstkritischer Auseinandersetzung entgegen wirken lässt – die aber eben auch tatsächlich geschehen muss. Um eine abgehobene und selbstbezügliche Organisationsstruktur zu verhindern, muss der Kern des Aufbaus einer überregionalen Organisation die lokale und regionale Verankerung der beteiligten Gruppen im Alltag und in alltagsbezogenen Kämpfen sein.

Der Aufbau einer nicht-hierarchischen Organisation bedeutet für uns nicht, dass alle Mitglieder alles gleich gut können und alle alles machen müssen. Vielmehr ist das Ziel, im Bewusstsein der bestehenden Unterschiede an Zeit, Fähigkeiten etc., Strukturen aufzubauen, die ein Gleichgewicht schaffen zwischen der Möglichkeit zur Selbstentwicklung auf der einen und der Effizienz der Gruppe auf der anderen Seite. Es müssen also nicht alle alles können, aber es muss prinzipiell die Möglichkeit bestehen, Fähigkeiten zu entwickeln und Wissenstransfer zu ermöglichen. Die Basis ist auch hier, dass alle Mitglieder mit den grundlegenden Inhalten und Ergebnissen übereinstimmen und grundlegende Entscheidungen kollektiv getroffen werden.

von Kollektiv aus Bremen

Zwischen Karoshi und Surplus - Zukunft der Arbeit und Nichtarbeit

Das Londoner Wirtschaftsberatungsunternehmen Deloitte versucht jeden Zweifel zu zerstreuen: „Frage eine*n Ökonomen*in oder Technik Experten*in und sie werden Dir freudig mitteilen, dass Jahrzehnte verlässlicher Daten zeigen, dass Automatisierung mehr Jobs erzeugt als vernichtet." Alle Prognosen über ein nahendes Ende der Erwerbsarbeit waren bislang immer falsch. Dennoch scheinen die Beschwichtigungen in Bezug auf die tiefgreifende Veränderung der Arbeitswelt durch die aktuelle technologische Innovationsoffensive wenig überzeugend, wenn selbst reaktionäre Ökonomen*innen wie Thomas Straubhaar (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) zur vorsorglichen Befriedung nach einem „bedingungslosen" Grundeinkommen rufen, weil zukünftig immer weniger Menschen von ihrer Erwerbsarbeit werden leben können. Der Anteil der „Überflüssigen" (Surplus) die ganz ohne Arbeit ihr (Über-)Leben organisieren müssen, wird drastisch steigen. Ob und wenn ja, welche Arbeit knapp wird, erörtern wir im letzten Teil.

Zunächst wollen wir die Bedingungen untersuchen, die zu massiver Entwertung von Arbeit und massenhafter Selbstunterwerfung der noch bzw. schon nicht mehr Arbeitenden führen.

Zeitlose Ausbeutung als Basis für eine smarte neue Welt

An den Folgen der Arbeit sterben jährlich mehr Menschen als in allen aktuellen Kriegen zusammen. Ein Studie der Arbeitsorganisation ILO aus dem Jahr 2015 spricht von 2,3 Mio. Menschen, die bei direkten Arbeitsunfällen ums Leben kommen. Die meisten davon im sogenannten globalen Süden. Bergleute, die in den Minen eingeschlossen bleiben, Bauarbeiter*innen, die in Qatar von den Gerüsten der Fußballstadien-Baustellen stürzen oder Näher*innen, die in Bangladesch von Trümmern der einstürzenden Fabrikhallen erschlagen werden.

All jene, die an den Spätfolgen ihrer Arbeit sterben sind in den 2,3 Mio nicht eingerechnet. Die Menschen, die mit giftigen Farbstoffen der Kleidung großer europäischer Modelabels in Kontakt kommen, die mit Säuren arbeiten müssen, um die seltenen Erden für unsere Mobiltelefone, Laptops und die Akkus der „sauberen" Elektroautos zu gewinnen. Oder die Menschen, die auf den Soja-Monokulturen im brasilianischen Regenwald Pestizide und Düngemittel einatmen müssen, für Soja, das in Europa und Nordamerika bei der industriellen Fleischproduktion verfüttert wird.

Foxconn ist der weltweit größte Auftragsfertiger für Elektronik mit 1,4 Mio Beschäftigten weltweit. Bekannt wurde der Zulieferer (u.a. für Apple) durch eine Selbstmordserie im Hahr 2010 aufgrund unerträglicher Arbeitsbedingungen. Doch es hat sich wenig geändert. 100 Überstunden im Monat gehörten vor den Suiziden zur gängigen Praxis, jetzt sind es immer noch 80. Foxconn lässt jedoch jede Mitarbeiter*in unterzeichnen, dass sie*er diese freiwillig leistet. Es herrscht eine Kultur restriktiver Verhaltensnormierung – sowohl im Betrieb als auch in den Wohnheimen, die wie Gefangenenlager organisiert sind. Bei Regelmissachtung gibt einen klaren Bestrafungskatalog: Beschimpfung, Strammstehen, Aufsagen von Zitaten des*der Firmenchefs*in, öffentliche Selbstkritik. Das strenge Fabriksystem funktioniert wie ein Knast. Ein Arbeiter betrat unvorsichtigerweise den Rasen, gleich kamen zwei Mitarbeiter des Werkschutz, verpassten ihm einen Elektroschock und traten auf ihn ein. Die Volkspolizei hat keinen Zutritt zum Gelände. Ihre Rolle übernimmt der Werkschutz. Im Japanischen gibt es mit den Begriff „Tod durch Überarbeiten" (Karoshi) eine eigene Bezeichnung für einen plötzlichen, arbeitsbedingten Tod – meist durch Herzinfarkt oder Schlaganfall ausgelöst. Doch auch außerhalb Japans lassen Stress und Überarbeitung die Menschen immer häufiger ausbrennen. Die gesundheitlichen Folgen der Überarbeitung reichen von Schlafstörungen über Rückenprobleme bis zum Herzinfarkt.

Shareconomy hat mit Teilen nichts zu tun

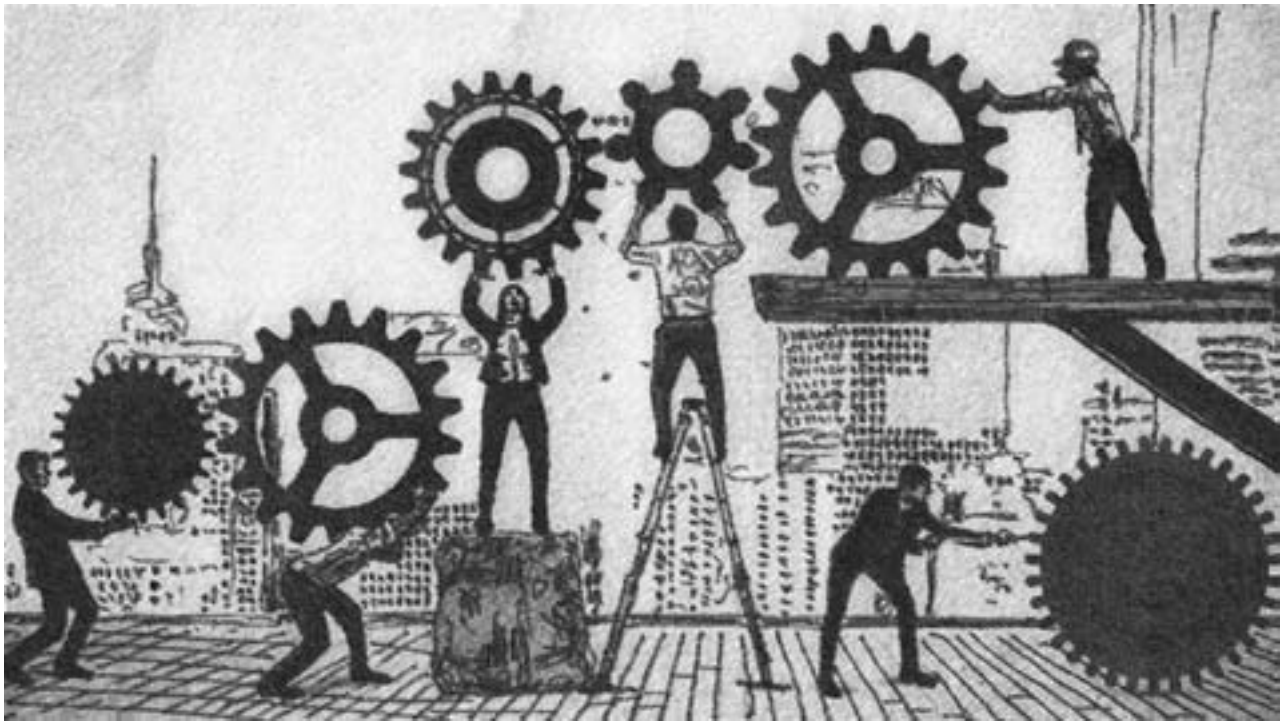
In der „smarten" Welt wird alles Plattform bzw. App und alle werden zu Usern. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche legt das „smarte" Teilen von Auto, Ferienwohnung, Büroraum sowie die „selbstorganisierte" Vermittlung sozialer Verbindungen und Dienstleistungen nahe. Das Internet ermöglicht eine direkte und nahezu kostenfreie Verbindung unter den Nutzer*innen in einem „Sharing"-Netzwerk und sorgt für einen Bedeutungsverlust klassischer Institutionen als ehemalige Vermittlungsinstanz. „Hierarchische Ordnungsprinzipien könnten durch nicht-hierarchische Plattformen mit direktem „von Ende-zu-Ende"-Austausch ersetzt werden." Einige Linke sahen darin gar die Chance auf einen emanzipatorischen Paradigmenwech-

sel, bei dem die kapitalistische Marktordnung früher oder später durch eine auf Kooperation basierende Gemeinwesen-Ökonomie ersetzt werde. Doch die Plattform-Werdung brachte keinen Postkapitalismus sondern die ultra-kapitalistische Erschließung von bislang gar nicht oder nur schlecht verwertbaren Bereichen des sozialen Lebens.

Nun ist auch die Nachbarschaftshilfe via App zum kommerziellen Dienst geworden. Der offene Teilen-Gedanke pervertiert sich wenn ein Netzwerk erfolgreich wächst und der Netzwerk-Effekt zuschlägt: Der Nutzen eines Netzwerks für seine Mitglieder wächst quadratisch mit deren Anzahl – gemäß der direkten Verbindungsmöglichkeiten innerhalb des Netzes. Ein Konzentrationsprozess von vielen kleinen, spezifischen Foren und Netzwerken hin zu z.B. einem facebook, „bei dem alle sind", ist die Folge. Mit dem Ergebnis, dass die tatsächlich infrage gestellte alte administrative Ordnung (z.B. der Kommunikation) durch eine neue ersetzt wird. Neue Player wie facebook, Apple, Airbnb und Uber bestimmen nun über ihr Plattform-"Angebot" die Bedingungen der Verbindung zwischen den Nutzer*innen und entziehen sich mit der einseitigen Festsetzung der Regeln per AGB sogar jedem politischen Aushandlungsprozess. Die Plattform als ursprünglich dezentrales Organisationsprinzip entpuppt sich als ultra-kapitalistisches Instrument der Inwertsetzung mit dem (weit mehr als) Neben-Effekt der Erfassung und Lenkungsmöglichkeit von sozialer Konnektivität. Wir ziehen es daher vor, von On-Demand-Ökonomie zu sprechen, in der Dienste auf Aufforderung geleistet werden. Mit einem kooperativen Teilen hat die gut klingende und absichtlich missverständliche Shareconomy in den meisten Fällen nichts zu tun. Wir entwickeln uns viel mehr „zurück" zu einer digital vermittelten Dienstbotengesellschaft in der soziale Ungleichheit wieder stark zunimmt. Unternehmen wie Deliveroo, Airbnb und Uber sind Großkonzerne, letzterer mit einem Wert von 70 Mrd. US-Dollar.

Click- und Crowd-Working im Plattform-Kapitalismus

Beim „Crowdsourcing", einer Mischung aus „Crowd" und „Outsourcing" werden Aufgaben nicht mehr Mitarbeiter*innen eine Unternehmens übertragen, sondern an ein Heer von digitalen Arbeitsnomaden ausgelagert. Die Crowdworking-Plattform Mechanical Turk von Amazon ist eine von vielen um Kleinstaufträge zu vergeben. Hier warten 500.000 Menschen in 190 Ländern auf Aufträge wie Websites korrigieren und Korrekturlesen, Produktbeschreibungen oder Tonaufnahmen transkribieren. Den Startschuss zur Nutzung des Schwarms von „Clickworkern" gab Amazon im Jahr 2006, als das Unternehmen mit dem Vertrieb von CDs begann. Hunderttausende von CD-Covern mussten auf sexuelle Inhalte überprüft werden, bevor sie in die digitale Verkaufsplattform eingestellt werden konnten. Eine Arbeit, die aufgrund uneindeutig zu formulierender Kriterien wenig geeignet war, von einem Computer gelöst zu werden. Amazon erfand daraufhin in Anlehnung an dezentral verteilte Rechner in der Cloud die sogenannte Crowd – eine Art „massiv parallelen", menschlichen Rechner. In Umkehrung der traditionellen Mensch-Maschine-Relation fordert der Computer den Menschen auf, ihn bei der Arbeit zu unterstützen. Auf einer digitalen Plattform konnte sich jeder anmelden, um für ein paar Dollar die Stunde CD-Cover durchzusehen. Über diese Aufgabe hinaus baute Amazon die Job-Plattform aus. Amazon stellt nun beliebigen „Arbeitgeber*innen" für die Vermittlung ihrer Tätigkeit 10% des Betrags in Rechnung, der für Erledigung des Mikro-Jobs bezahlt wird. Was gezahlt wird, bleibt der Arbeitgeber*in selbst überlassen.



Der Status der Mikroarbeiter*in, die einen solchen Job annimmt, entspricht dem moderner Tagelöhner*innen: Arbeit gibt es nur, wenn welche eingestellt wird. Die Frage nach Arbeitsvertrag und sozialer Absicherung erübrigt sich. Hier regiert die einseitig änderbare AGB der Vermittlungsplattform in Willkür des Arbeitgebers. Isabella Mader brachte die Praxis des systematischen Lohnbetrugs auf den Punkt: „Lohndiebstahl ist ein Merkmal, kein Fehler“. Gezahlt wird oft mit erheblicher Verzögerung – manchmal aber auch gar nicht. Wie die Kräfteverhältnisse aussehen, verdeutlicht Amazon auf seiner Webseite: „Falls die Arbeitsleistung nicht Ihren Standards entspricht, lehnen Sie die Arbeit einfach ab und bezahlen den Arbeiter nicht.“

Auch in Deutschland wächst die Zahl der Crowdworking-Plattformen wie z.B der Berliner Firma CrowdGuru oder der Clickworker GmbH aus Essen und es ist keine Sättigung in Sicht. Sobald sich eine Aufgabe halbwegs präzise umreißen und modularisieren lässt, kann sie an „Nicht-Mitarbeiter*innen“ aus der Crowd ausgelagert werden. Für die meisten Jobs wird ein Mikro-Honorar festgelegt – vielfach per Ausschreibung im Wettbewerb. Hier wird nur diejenige bezahlt, die den Zuschlag erhält – alle anderen gehen leer aus. Diejenigen Arbeitsplattformen, die stundenweise bezahlen, bieten eine App zum Download. Mit der muss sich der*die Crowdworker*in jedes mal einloggen, wenn er*sie an dem abzurechnenden Auftrag arbeitet. Damit wird jedoch nicht nur die Arbeitszeit ermittelt. Es werden in unregelmäßigen Abständen (sechs mal pro Stunde) Aufnahmen des Bildschirms gemacht und minütlich Tastaturklicks und Mausbewegungen registriert. „Wir kontrollieren nicht, sondern stellen Rahmenbedingungen zum Schutz und Vertrauensaufbau zur Verfügung“ , so ein Plattformbetreiber. „Vertrauen“ soll zudem über einsehbare Bewertungen ähnlich wie bei Internetversandhändlern erzeugt werden. Unternehmer*innen bewerten die Arbeit ihrer Digital-Nomad*innen für alle weiteren potentiellen Arbeitgeber*innen einsehbar. Zur vermeintlichen Gleichberechtigung dürfen auch umgekehrt die Mikrojobber*innen ihre Arbeitgeber*innen bewerten – freilich ohne Konsequenzen.

Auch wenn eine kleine digitale Bohème meint, ihr eigenes Leben „in the name of enhanced autonomy“ (Burawoy) als Freelancer flexibler und autonomer gestalten und die Durchmischung von Arbeit und Freizeit in maximaler Ortsungebundenheit noch weiter vorantreiben zu können: die aus dem Boden sprießenden digitalen Sweatshops dienen unweigerlich als Lohndrücker – und das branchenübergreifend. Verdi konstatiert zu Recht eine „Kannibalisierung des Arbeitsmarktes“: Freie Arbeitskräfte verrichten dieselbe Arbeit zu schlechteren Konditionen.

Der DGB sieht das als „Moderne Form der Sklaverei“, in der sich alle weltweit gegenseitig unterbieten um den Zuschlag zu erhalten. Im Krankheitsfall und im Alter sieht es schlecht aus für die Crowdarbeiter*innen. Es gibt (derzeit) kein Sozialversicherungssystem und keine Arbeitsschutzregelung, die diese Form vollständig entrechteter Lohnarbeit berücksichtigen. Uber und Deliveroo sprechen bei ihren Fahrer*innen nicht von Angestellten sondern von Selbstunternehmer*innen um jeden Anspruch zurückzuweisen. Welcome to a smart new world of slaves.

Permanente Bewertung durch digitale Erfassung

Alle digital vermittelten On-Demand-Dienstleister*innen teilen ein gemeinsames Schicksal: Ihr Arbeitsverhalten wird kontinuierlich bemessen und bewertet. Unterschiedlichste, dem Arbeitgeber per digitaler Erfassung frei Haus gelieferte Leistungskennzahlen erlauben eine algorithmische Berechnung des individuellen Arbeitsengagements des auf Abruf Arbeitenden. Dadurch wird ein gewaltiger Druck zur Verhaltensanpassung erzeugt, der über Konkurrenzmechanismen ein enormes Reservoir an Selbstoptimierung und Selbstrationali-

sierung erschließt. Die Verfügbarkeit, Anfahrtsschnelligkeit und Freundlichkeit von Uber-Fahrer*innen wird bei jeder Fahrt bewertet. Wer angebotene Fahrten zu häufig auf der Smartphone-App nicht annimmt, erhält einen schlechteren Score. Wer im Stau steht und von der ungeduldigen Kund*in per Klick ersetzt wird, verliert nicht nur die Tour, sondern riskiert seinen hohen Score. Diese Punktzahl entscheidet, welche Fahrer*in bevorzugt mit Aufträgen versorgt wird und damit über das Auskommen der fast ausnahmslos prekären Fahrer*innen. Immerhin liegt der Uber-Fahrpreis rund 25% unter dem eines normalen Taxis. Und von diesem Dumpingpreis gehen nochmals 20% an Uber für die Vermittlung der Fahrt. Das von außen Computer-spielerisch anmutende Hecheln nach einem überdurchschnittlichen Score wird so zur unweigerlich verinnerlichten Lebensgrundlage.

Betriebe wie Foxconn und Amazon schaffen auch „offline“ durch konsequenten Einsatz von Hightech-Überwachungsapparatur ein quasi lückenlose Erfassung aller Arbeitsabläufe. Die Bewertung der Mitarbeiter*innen an einigen Amazon-Standorten ist noch einen Schritt perfider (siehe dazu auch das Unterkapitel Effizienz-Dressur des Menschen zur Maschine). Wegen eines besonders hohen Krankenstandes von bis zu 20% führte der Online-Einzelhandelsgigant eine Anwesenheitsprämie ein. Und dies nicht nur für jede Mitarbeiter*in einzeln sondern in Teambewertung. Besonders robuste Abteilungen, die in der Summe weniger Krankheitstage auf dem Negativkonto haben, erhalten einen Bonus von 70-150 Euro je Mitarbeiter*in monatlich. Das ist nicht nur Gift für das Arbeitsklima. Es negiert auch Krankheit als normalen Bestandteil des Lebens und insbesondere in Folge einer monotonen und einseitigen Arbeitsbelastung. Mit der als Industrie 4.0 bezeichneten Smartifizierung aller Arbeitsabläufe werden zukünftig auch die Jobs, die sich bisher einer optimierenden Bewertung entzogen hatten kleinstteilig zerlegt und vermessen, um sie via künstlicher Intelligenz einer (selbstlernenden) Reorganisation durch den Arbeitgeber zu unterziehen.

Flexkräfte – moderne On-Demand-Tagelöhner auch offline

Die durch die Digitalisierung zugespitzte Abhängigkeit in der Arbeitswelt, sorgt auch außerhalb der ultrakapitalistischen Plattformen der On-Demand-Ökonomie für einen Dammbruch der „Flexibilisierung“ von Arbeitskraft. Durch diese Normalisierung völlig entgarantierter „Zuverdienst“-Jobs lässt sich auch in klassischen Offline-Jobbranchen eine skandalöse Erosion von rechtlichen Standards durchsetzen. Der Umbruch treibt neue Beschäftigungsformen voran. Immer mehr Menschen arbeiten als „Flexkräfte“ auf Abruf. Zunehmend auch in Deutschland – schätzungsweise 1,5 Mio „Beschäftigte“ sind es bereits. Dem Arbeitsverhältnis, das bei H&M mittlerweile „normal“ ist, liegt kein normaler Arbeitsvertrag zugrunde. Das Unternehmen nennt sie „Flexkräfte“, wir nennen sie moderne Tagelöhner. Zehn Stunden pro Woche sind ihnen bei H&M zugesichert. Der Rest läuft flexibel unter Mehrarbeit. In manchen Monaten arbeiten sie nur zehn Stunden pro Woche, also 40 im Monat, in anderen sind es 150. Waren vor 15 Jahren noch 48% der Beschäftigten bei H&M Vollzeit angestellt – und lediglich 22 % auf Abruf gemäß Firmen-Angaben, hat sich nun das Verhältnis umgekehrt: Nur noch 26% der Verkäufer*innen arbeiteten regulär in Vollzeit, 42% als Flexkräfte.

Die neuen Tagelöhner finden sich nicht nur im Handel, sondern auch in der Gastronomie, in der Pflege, unter Kurierfahrer*innen, bei Medien und sogar bei Wohlfahrtsverbänden. Viele beschreiben, dass sie einen Arbeitsalltag in Dauerbereitschaft erleben. Laut Gesetz müssen Unternehmen vier Tage im Voraus ankündigen, wenn sie die Mitarbeiter*in einsetzen wollen. Eine Schutzklausel, die aber häufig ignoriert wird. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat in einer Umfrage herausgefunden, dass nur 27 Prozent aller Arbeitnehmer*innen auf Abruf in Deutschland tatsächlich vier Tage vor Einsatz Bescheid wissen. Da scheint es fast konsequent, dass die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einem Strategiepapier die Politik auffordert, die Vier-Tage-Frist in bestimmten Fällen zu kippen und die „Arbeitszeitflexibilität weiter auszubauen“. Die Post beschäftigt ebenfalls etwa 5000 Mitarbeiter*innen auf Abruf. Deren Arbeitseinsätze sind in Rahmenvereinbarungen geregelt – für jeden Arbeitseinsatz gibt es dann einen neuen, unabhängigen Arbeitsvertrag. Einige haben mehrere Hundert solcher Einzelverträge. Oft erhalten die Mitarbeiter*innen erst am Vorabend Bescheid, dass ein solcher Einsatz gefragt ist. Arbeit auf Abruf sei laut Bundesarbeitsministerium rechtlich zulässig. Sie trage „dem Aspekt Rechnung, dass eine dynamische Wirtschaft in einem gewissen Umfang auch flexible Jobs braucht“. Wie immer ist die Annahme eines solchen Vertrages „freiwillig“ und damit angeblich unproblematisch. Ein Muster, das in unseren Artikeln immer wiederkehrt. Das Phänomen der Freiheit, die Fesseln trägt, nennen wir partizipative Zurichtung . Wir machen zwangsweise freiwillig mit. So soll die Transformation zur Dienstbotengesellschaft „reibungsfrei“ gelingen.

Effizienz-Dressur des Menschen zur Maschine

Amazon-Mitarbeiter*innen arbeiten unter enormem Stress. Entgegen ihrer Arbeitsverträge leisten die meisten viele Überstunden und Samstagsarbeit. Streng hierarchisch geben sogenannte Leader den Arbeitsdruck über Fehlerpunkte an die Picker und Packer ihres Teams weiter. Picker „picken“ die bestellte Ware aus den Regalen und legen dabei täglich bis zu 20km zurück – der Tracker misst die Laufleistung über das sekundengenaue Protokoll des Aufenthaltsortes, der Handscanner erfasst alle Arbeitsschritte und gibt den nächsten vor. Kommt ein Picker in Verzug, löst das System Alarm aus: sein Leader erhält automatisch eine Nachricht auf seinen Bildschirm. Dann kommt es zum sogenannten Feedback-Gespräch. Alles selbstverständlich „ausschließlich zur Prozessoptimierung“. Auch Packer haben eine klare Mindest-Quote: Jede Stunde 200 Einzelpäckchen bzw 100 Multi-Pakete packen. Doch die permanente Bewertung der Mitarbeiter*innen ist alles andere als konsequenzlos: eine

grüne Karte heißt Lob, eine gelbe Karte kommt einer Abmahnung gleich. Bei drei gelben Karten droht die Entlassung.

Die Vorgabe: Jeder soll über dem Leistungsdurchschnitt liegen. Was mathematisch unmöglich ist, stellt das dynamische Prinzip kontinuierlicher Arbeitsverdichtung in Konkurrenz innerhalb der Belegschaft dar. Die Folge: ein allgegenwärtiger Zwang zur Selbstoptimierung. Selbst wenn Mitarbeiter*innen Arbeitsaufträge sinnvoll zusammenfassen, um sich unnötige Wege zu ersparen, hagelt es Strafpunkte. Jede Abweichung von der algorithmischen Vorgabe wird sanktioniert – zum Zweck der Standardisierung. Jegliche Individualität bedeutet Kontrollverlust – Verlust von Austauschbarkeit. Bei Amazon soll jede Mitarbeiter*in jederzeit durch eine Kolleg*in ersetzbar sein – ohne Effizienzeinbußen bei der Übergabe. Eine Informantin aus der Verwaltung berichtet: „Meine Arbeitsanweisungen schreiben mir die exakte Position von Tastatur und Maus auf meinem Schreibtisch vor. Und wo mein Papierkorb unter dem Schreibtisch zu stehen hat, das ist absurd und beklemmend".

Dequalifizierung durch digitale Fließbänder

Was das Fließband nur rudimentär geschafft hat, macht eine Algorithmisierung des Arbeitsprozesses bis zur Perfektion: die vollständige Quantifizierung, Standardisierung und damit Enteignung und Entwertung von Arbeit – früher nur in der Produktion, jetzt auch in Verwaltung und Entwicklung. In mehr und mehr Bürojobs wird nun ebenfalls der individuelle Arbeitsdruck über Ticket-Systeme mess- und steuerbar gemacht. Was mit exakt definierten Leistungsvorgaben im Service-Bereich und bei typischen Call-Center-Jobs längst üblich ist, wird nun auf freie selbst-organisierbare Bürotätigkeiten ausgedehnt. Der Büromensch arbeitet künftig wie am Fließband. Firmen versuchen das nötige Kreative auf wenige gut bezahlte Mitarbeiter*innen zu verdichten. Das Ergebnis: Einige wenige Jobs in den Entwicklungsabteilungen, bei denen der Mensch dem Computer sagt, was er tun soll. Und immer mehr herabgestufte Jobs, bei denen der Computer dem Menschen sagt was er tun soll. Die Abtrennung der auch auf lange Sicht weiterhin den Menschen vorbehaltenen kreativen Jobanteile ist eine notwendige Vorbedingung für eine (zukünftige) Roboterisierung der so entwerteten anderen Aufgaben. Amazons Picker z.B. wird es am modernsten Standort im niedersächsischen Winsen bei Hamburg nicht mehr geben. Hier werden ab Ende 2017 Roboter die benötigten Regal-Segmente zum Packer fahren, der das benötigte Produkt entnimmt und verpackt.

Industrie 4.0 – die Welt als Konzern

Industrie 4.0 bezeichnet die Vernetzung der gesamten Produktion. Ein neues Produktionsregime, das mit Hilfe digitaler Infrastruktur alle globalen Stoff- und Geldströme aber auch die Arbeitskraft steuerbar machen will. Es wird von einer „vierten industriellen Revolution" gesprochen, nach der Mechanisierung im 18. Jahrhundert, der Elektrifizierung im 19. Jahrhundert und der Automatisierung im 20. Jahrhundert. Die Propagandisten der Industrie 4.0 entwerfen ein Szenario in dem Mensch, Maschine und intelligente Systeme in eine integrated digital-human workforce transformiert werden und so zu beliebig einsetzbaren Bestandteilen eines globalen, hocheffizienten, sich selbst-steuernden Produktionsprozesses werden. Gebraucht werde dazu eine „Architektur und das Regelwerk eines aus Millionen von vernetzten Instanzen bestehenden weltweiten Wertschöpfungsnetzwerkes[...], das sicher, robust und hochverfügbar ist." Der mit Nachdruck lancierte, quasi nötigende Hype um die Notwendigkeit der Vernetzung von allem mit allen zieht bereits breite Spuren. Compass , ein deutsches Start-Up im Silicon Valley analysiert Unternehmensabläufe, um Arbeitsprozesse vernetzt zu automatisieren. Künstlich-intelligente Steuerungssysteme sollen eine möglichste nahtlose Integration von Robotern in den Arbeitsablauf sicherstellen.

Mit der Konkurrenz des Roboters findet eine rasante Entwertung menschlicher Arbeitskraft statt. Foxconn will einige seiner Fabriken in China künftig komplett automatisieren und alle menschlichen Mitarbeiter*innen durch Roboter ersetzen.

In Kunshan, China hat Foxconn im Jahr 2016 u.a. für die iPhone7-Fertigung 60.000 der einst 110.000 Mitarbeiter entlassen und ihre Arbeitsplätze durch Roboter ersetzt. Laut South China Morning Post sollen über 600 Firmen in Kunshan ihre Fertigungslinien mit Robotern ergänzen und so eine Welle der Massenentlassungen einläuten. Verlierer dieser „Revolution" werden aber nicht nur Arbeiter*innen sein, die wiederkehrende manuelle Tätigkeiten verrichten, sondern im großen Stil auch z.B. Versicherer und Finanzdienstleister sein. Goldman Sachs hatte bis vor kurzem noch 600 Aktienhändler auf dem Börsenparkett. Jetzt sind es nur noch zwei. Algorithmen ersetzen die anderen 598. Allein in der britischen Finanzindustrie drohen in den nächsten Jahren eine halbe Million Mitarbeiter*innen durch Software ersetzt zu werden, so eine Studie der Beratungsfirma Deloitte.

Surplus im Überfluss

Es gibt nicht nur reichlich Überflüssige im digitalisierten Überfluss, es werden immer mehr. Wie sieht der Arbeitsmarkt der letzten Jahre z.B. in Deutschland aus? Trotz Steigerung der Anzahl der Erwerbstätigen sinkt die Anzahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden. Erklärbar nur über immer mehr geringfügige Arbeit. Dieser Trend gilt für die meisten westlichen Länder. So verwundert es nicht, dass 2016 eine Studie des International Labour Office (ILO) ergab, dass für 40% der Crowdworker*innen die Crowdwork die Haupteinnahmequelle ist. Obwohl die politische Propaganda in Europa rechts wie „links" gerne Vollbeschäftigung verspricht, wird die Arbeit langfristig (global gemittelt) knapp: Das world economic forum in Davoz hat bereits 2016 den Wegfall von Millionen Jobs im Rahmen der Industrie 4.0 diskutiert. Eine Studie der Deutschen Bank kündigt eine Beschäftigungskrise von nie dagewesenem Ausmaß an. Zum ersten Mal in der Geschichte würden deutlich mehr Jobs wegfallen als neu geschaffen werden. Das Institute for Public Policy Research

(IPPR) sieht in England innerhalb der nächsten 20 Jahre ein Drittel aller Jobs durch die vernetzte

Automatisierung bedroht. Die bislang mehr als 800-fach zitierte Oxford Studie von Carl Benedikt Frey und Michael Osborne sagt voraus, dass knapp die Hälfte aller Jobs in den USA bis 2030 überflüssig sein könnten. In der Sicht von Frey und Osborne (und auch bei Brynjolfsson und McAfee 2014) ändert sich das bisherige Muster technologiegetriebener Arbeitsmarktentwicklung. Das sowohl in den USA als auch in Europa beobachtete Muster der Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt würde nicht weiter gelten, sondern mittlere und einfache Tätigkeiten würden in einem Maß wegfallen, das bisher durch Automatisierungsschranken begrenzt war. Am stärksten bedroht seien Menschen, die Telefonwerbung machen, Recherche-Gehilfen und Schneider. Den sichersten Job haben Physiotherapeuten, gefolgt von Vorarbeitern, Einsatzleitern in Katastrophenfällen und Sozialarbeitern.

Insgesamt 47 Prozent aller Arbeitsplätze in den USA seien bedroht, schreiben Frey und Osborne. Carsten Brzeski, der Chef-Ökonom der ING-DiBa, schätzte auf Basis der Oxford-Studie, in Deutschland seien sogar 18 von 31 Millionen Arbeitsplätzen bedroht, das wären 59 Prozent. Nicht nur händische, bzw. mechanische Arbeit, also körperliche Arbeit oder das Führen von Maschinen – sondern insbesondere auch Verwaltungstätigkeit in der Datenverarbeitung – auch sogenannte „Kopfarbeiter“-Jobs. Dass es sich hierbei nicht allein um Panikmache handelt, kann mensch vielleicht daran ablesen, dass selbst konservative Ökonomen über ein Grundeinkommen zur zukünftigen sozialen Befriedung diskutieren. Um auch denen ein minimales „Auskommen“ zu ermöglichen, die von der Lohnarbeit dauerhaft abgeschnitten sein werden. Auch wenn sich niemand der Illusion hingeben sollte, es werde ein „bedingungsloses“ Grundeinkommen geben – die zu geringe Höhe wird Bedingung genug sein – werden immer mehr Menschen keine Arbeit haben.

Was werden die Konsequenzen dieses prognostizierten Einbruchs an Beschäftigung sein?

Sicher ist, es wird eine massive Zunahme an Ungleichheit geben. Im selbst ernannten Prototyp einer smarten Stadt, San Francisco, die über die HighTech-Industrie im benachbarten Silicon Valley so extremen Reichtum produziert, dass eine 3-Zimmer Wohnung durchaus 8000 Dollar Monatsmiete kostet, selbst hier nimmt die Armut stark zu: 20% der Bevölkerung von San Francisco lebt von weniger als einem Dollar pro Tag. Die Zahl der Obdachlosen ist innerhalb von zwei Jahren um 25% gestiegen. Zwangsräumungen sind an der Tagesordnung.

Wenn immer mehr Menschen nicht arbeiten, der Zwang zur Erwerbsarbeit als normierende Ordnung nur noch sehr eingeschränkt greift, reicht die Lohn-Disziplinierung nicht mehr aus, um die (Self-)Governance aufrecht zu erhalten. Der Ausweg für die herrschende Klasse ist bereits jetzt erkennbar. Die zukünftige Ordnung basiert nicht mehr nur auf einer Bewertung von Arbeit, sondern auf dem Bewerten und Inwertsetzen jeglicher individueller Handlungen und Lebensäußerungen. Das Selbst- Unternehmertum dehnt sich auf alle Bereiche des Lebens aus. Der Mensch ist auch ökonomisch schon lange nicht mehr nur Träger seiner Arbeitskraft. Seine Eigenschaften in Gesamtheit sind so eng mit ihm verbunden, dass er selbst in Wert gesetzt wird. Wir verkaufen uns selbst, nicht mehr nur unser Arbeitskraft. Der soziale Wert, ermittelt über das Rating und Scoring von Netzwerken wie Facebook, steigt zum realen, ökonomischen (Selbst-)Wert auf. Eingepreist wird das Bemühen um Selbstoptimierung. Eine Studie der OECD definiert als Humankapital die Gesamtheit der Kenntnisse, Qualifikationen, Kompetenzen, und individuellen Charakteristika eines jeden Menschen. Für den derzeit am weitesten fortgeschrittenen Scoring-Ansatz zur Bemessung und Steigerung dieses Humankapitals in Selbstoptimierung verweisen wir auf das SESAME-Projekt in China.

Wie damit umgehen?

Einige Anhänger*innen der orthodoxmarxistischen Glaubensrichtung denken, dass die Befreiung der Gesellschaft umso wahrscheinlicher wird, je höher das (technologische) Niveau der Produktivität entwickelt ist. Das bedeutet: abwarten und sich freuen, dass mit jedem Schub technologischer Innovation die Revolution nahen könnte. Für Sozialrevolutionäre ein fragwürdiger Blick aus der Makro-Perspektive mit noch fragwürdigeren Vorstellungen hinsichtlich einer Revolution, die lediglich die fehlgeleitete, kapitalistische Nutzung von einer an sich begrüßenswerten, vermeintlich neutralen Technologie abzustreifen braucht. Als bliebe der Mensch unbeeindruckt von der Veränderung seiner Lebensgrundlage vollständig robust gegenüber den Lenkungsansätzen einer allgegenwärtigen Verhaltensökonomie.

Auch ohne jede Projektion in eine nahe Zukunft bröckelt die Basis für eine fundamentale Kritik, als alte Schwester der Revolutionär*in, maßgeblich mit zunehmender Fremdbestimmung und wachsender Abhängigkeit. Daher streiten wir gegen wachsende Ungleichheit und für die Wiedererlangung eines Mindestmaßes an Autonomie über den Kampf gegen den technologischen Angriff. Das betrifft nicht nur die stark zunehmende Entgarantierung und Entrechtung der Arbeit sondern umfasst viel weitergehendes die höchst invasive Form der technologie-getriebenen Fremdbestimmung unserer Informationsbeschaffung, unserer Kommunikation, unseres Denkens.

Wir müssen die Inwertsetzung und partizipative Zurichtung unserer Selbst durch permanente (Selbst-)Bemessung als Grundlage für (Fremd-)Steuerung angreifen.

von capulco

capulco.blackblogs.org

Vierstundentag!
Voller Lohnausgleich!
Vollständige Personalaufstockung!

Die Arbeitswoche steht im Bann eines straffen Zeitregiments. Die Tage sind durch Arbeit streng getaktet. Wenn die Einkäufe gemacht sind, das Essen zubereitet und der Papierkram erledigt ist, gehen wir erschöpft zu Bett. Die Ruhe des Schlafs wird gestört durch das Wissen, dass nach dem Aufwachen nur die Arbeit wartet. Das Wochenende, ob es ein oder zwei Tage sind, ist so kurz, dass schon zu Beginn sein Ende winkt. Der Freude darüber, dem Zeitdruck der Arbeitswoche entkommen zu sein, für einen Moment in der Zeit, statt gegen sie zu leben, Zeit mit Familie und Freund_innen zu verbringen oder sie einfach nur nutzlos verstreichen zu lassen, folgt schon bald das Bedauern, wie wenig nur von der Zeit bleibt. So verstreichen die Tage und Wochen, Monate und Jahre...

Die 4-Stunden-Liga stellt sich gegen die Vergeudung des Lebens durch Lohnarbeit. Wir wollen unsere Zeit zurück, wir wollen gelebte Zeit und ein gutes Leben im Hier und Jetzt! Und zwar für alle! Die 4-Stunden-Liga fordert eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit, um ein erfülltes, solidarisches, auf gegenseitigem Respekt beruhendes und demokratisches Leben zu ermöglichen! Wir fordern den Vierstundentag bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Zahlen muss das Kapital!

Die soziale Frage hier und heute

Er könnte so schön sein, der technische Fortschritt: Die Plackerei könnte der Vergangenheit angehören und alle könnten die schönen Dingen des Lebens genießen. Stattdessen regiert der harte Imperativ der Zeit: Erlaubt der technische Fortschritt die Produktion von mehr Gütern in kürzerer Zeit, so ist dies kein Anlass zur Freude, nun weniger arbeiten zu müssen. Vielmehr entwickelt sich daraus der Zwang für alle anderen, nun mindestens ebenso effizient zu produzieren. Ein irrationales System, das zu Überproduktion, Einkommensverlust und Arbeitslosigkeit führt und uns zu permanenter Anpassung und Leistungssteigerung drängt.

Millionen Menschen leiden unter einer wachsenden Arbeitsbelastung, unter längeren Arbeitszeiten und einer Intensivierung der Arbeit. Viele von uns müssen sich mit Kettenverträgen, Scheinselbstständigkeiten oder anderen prekären Existenzformen mit miesen Löhnen oder Stundensätzen und ohne soziale Absicherung verdingen. Manchen von uns bleibt nur noch der Gang zum Jobcenter, wo wir uns Willkür und Demütigung ausgesetzt sehen und mit kaum zumutbaren Jobangeboten belästigt werden. Dies fhrt zu der absurden Situation, dass heute diejenigen, die Arbeit haben, 1.8 Milliarden Überstunden im Jahr leisten - 1 Milliarde davon unbezahlt. Zugleich befinden sich 4,4 Millionen Menschen im Hartz IV-Bezug, oftmals trotz Arbeit. Seit Jahren werden Monat für Monat fast 140.000 Menschen mit durchschnittlich 110 Euro sanktioniert. Mit der Peitsche werden die Schwächsten aus dem Leistungsbezug getrieben und damit zugleich noch der Druck auf diejenigen erhöht, die Arbeit haben und fürchten müssen, einmal in ähnlich verzweifelter Lage zu sein. Hinzu kommen all diejenigen, die wegen fehlender Arbeitserlaubnis oder anderer (sozialer) Entrechtungen gezwungen sind, sich fernab aller Sozialstatistiken in völlig informellen, rechtlosen und illegalen Arbeitswelten ausbeuten zu lassen.

Blinder Fortschritt

Der Arbeitsprozess fordert heute unsere persönlichsten Eigenschaften ein. Flexible Arbeitszeiten, selbstbestimmte Arbeitsgruppen und Leistungsanreize haben nicht nur das Ziel, die Organisation der Produktion zu transformieren, sondern unsere individuellen Bedürfnisse, unsere Glücksvorstellungen, unsere Kreativität und Autonomie, mit den Anforderungen der Arbeitswelt zu verschmelzen. Bereitwillig telefonieren wir dann schon mal beim Abendessen mit unseren Vorgesetzten wegen des Dienstplans oder springen aus unserer Freizeit heraus und für den Betrieb ein, wenn es einen Engpass gibt.

Der Kapitalismus steht derzeit an der Schwelle zur vierten industriellen Revolution. Nach Mechanisierung, Industrialisierung und Automatisierung folgt nun die Digitalisierung. über „Arbeit 4.0“ wird momentan viel geredet. Es geht um die unternehmerische Utopie der „intelligenten Fabriken“, eine durch Technikanwendung weitgehend selbstorganisierte Produktion. Während sich das Kapital neue Wachstumsschübe und mehr Profite verspricht, wird dies auf der anderen Seite zu einer weiteren Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit führen. Erst jüngst haben die Wirtschaftsverbände wieder zum Angriff auf den Achtstundentag geblasen. Dabei kann die Nachfrageentwicklung schon seit Jahrzehnten nicht mehr mit der Steigerung der Produktivkräfte mithalten. Diese Schere wird immer grösser und bedeutet den Verlust von Arbeitsplätzen. Klimawandel und die

Endlichkeit natürlicher Ressourcen machen zudem deutlich, dass eine Steigerung der Nachfrageseite zumindest in den reichen Industrieländer auch nicht erstrebenswert ist, im Gegenteil: hier müssten weniger Rohstoffe und weniger Energie verbraucht werden. Die reichen Industrieländer müssen unproduktiver werden, nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern vor allem auch um ärmeren Ländern Räume und Möglichkeiten zur Entwicklung zu eröffnen.

Zeit für Demokratie - Gesellschaft selbst und gerecht gestalten

Wir haben uns daran gewöhnt, die politische Gestaltung unseres Lebens an Regierungen zu delegieren. Dies hat zu unserer Passivisierung und Infantilisierung (Verkindlichung) geführt: So wie wir uns (trotz Duzerei und Horizontalisierung) auf der Arbeit bis zur Rente der Direktionsgewalt unserer Vorgesetzten beugen, so nehmen wir auch im Politischen ohnmächtig hin, was ohnehin schon entschieden scheint. Viel zu selten führt diese Entmündigung dazu, dass wir einfordern, was uns als selbstbestimmten Menschen zustehen würde; viel zu häufig wird stattdessen nach den Schwächeren getreten oder Ersatz in der rassistischen Selbstvergewisserung gesucht - ohne uns!!!

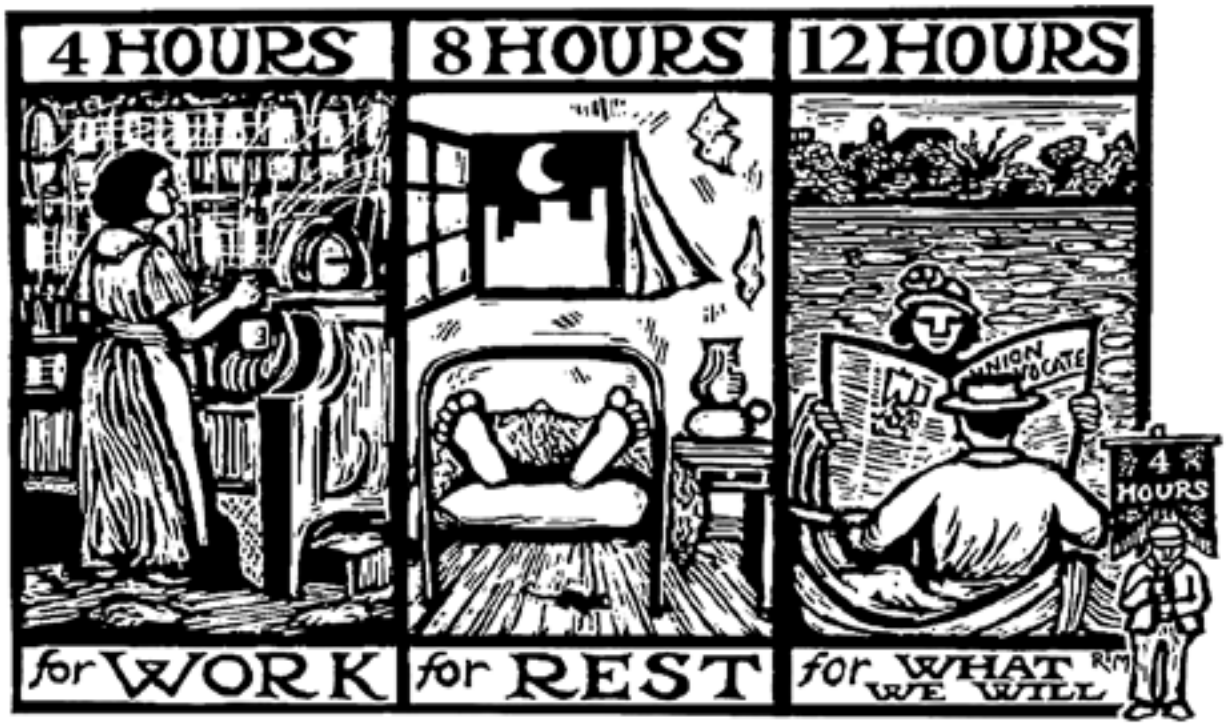
Die 4-Stunden-Liga tritt für die umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche ein - von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft - und dafür benötigen wir Zeit. Zeit, um uns zu bilden und zu organisieren, um gemeinsam Mut zu fassen und radikale Demokratie und Mitbestimmung auf allen Ebenen durchzusetzen. Zeit, um unser Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Dazu gehört die Einbindung aller und eine geschlechtergerechte Umverteilung unbezahlter Reproduktionsarbeit (Familie/Erziehung/Pflege) ebenso wie eine Neuverteilung menschenwürdiger Lohnarbeit ungeachtet des sozialen Stands, der familiären Herkunft oder der Staatsbürgerschaft.

Tretet der 4-Stunden-Liga bei!

Zahlen muss das Kapital!

von 4-Stunden-Liga

www.4hour-league.org



Riseup löst das Rätselraten um den Kanarienvogel

*Im Winter 2016 hat das riseup-Kollektiv den Kanarienvogel (engl. „Canary“)[1], der Nutzer*innen mitteilt, dass das Kollektiv und deren Server nicht kompromittiert wurden, auf ihrer Webseite nicht rechtzeitig aktualisiert. Weil auch viele politisch linke Aktivistis dem riseup-Kollektiv als sicherem E-Mail-Provider vertrauen, gab es wilde Gerüchte um die Sicherheit bei der Nutzung von riseup. Nachdem es wochenlang auch keine Entwarnung gab, hat das Kollektiv im Frühjahr dann den Fall aufgeklärt.*

Nach Ausschöpfung aller rechtlichen Optionen hat Riseup vor kurzem enschieden, zwei verdeckten FBI-Anordnungen (“warrants”) des FBI nachzukommen, anstatt Widerstand gegen die Vollstreckung zu leisten (was zur Inhaftierung von Riseup-Vögeln und/oder Auflösung der Organisation Riseup geführt hätte). Der erste Befehl betraf die öffentliche Adresse eines internationalen DDoS-Erpresserrings. Der zweite richtete sich gegen ein Konto, das Erpressungssoftware (“ransomware”) nutzte, um Geld zu erpressen.

Erpressung ist eindeutig ein Verstoß sowohl gegen den Wortlaut als auch den Sinn des sozialen Vertrags, den wir mit unseren Nutzer_innen schließen: Wir halten euch den Rücken frei, solange ihr nicht ausbeuterische, frauenfeindliche, rassistische oder hetzerische Ziele verfolgt.

Es gab eine „Maulkorb-Anordnung“ („gag order“), die es uns bis jetzt verboten hat, auch nur die Existenz der Befehle offenzulegen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir unseren „Canary“ nicht aktualisieren konnten.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass Riseup nie wieder Zugang zum Klartext von Emails hat, die ein_e Nutzer_in gespeichert hat. Von heute an werden alle neuen Riseup-Email-Accounts mit einem persönlich verschlüsselten Speicher auf unserem Server ausgestattet, der nur für euch zugänglich ist. In der nahen Zukunft werden wir damit beginnen, alle bestehenden Accounts in dieses neue System zu überführen.

Um es absolut deutlich zu machen: diese Art der Verschlüsselung ist keine „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselung eurer Nachrichten. Mit dem neuen System von Riseup werdet ihr auch weiterhin dem Server vertrauen müssen, wenn ihr eingelogt seid. Für eine volle „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselung müsst ihr, wie zuvor, ein Mailclient nutzen der OpenPGP unterstützt (und nicht webbasiert ist).

Wir arbeiten daran, im kommenden Jahr ein verständlicheres „Ende-zu-Ende“-Verschlüsselungsystem einzuführen, aber bis das fertig ist, setzen wir persönlich verschlüsselten Speicherplatz ein.

Solidarische Grüße,

Die Vögel Riseup

F: Seid ihr von Strafverfolgungsbehörden kompromittiert?

A: Nein. Wir haben niemals die Installation von Hardware- oder Software-Überwachungsystemen in einem der von uns kontrollierten Systeme gestattet; die Strafverfolgungsbehörden haben unsere Server nicht mitgenommen; und hatten niemals Zugriff auf diese. Wir würden eher aufhören Riseup zu sein, bevor wir das zuließen.

F: Könnte die Regierung euch nicht zwingen, das zu sagen?

A: Erzwungene Aussagen sind im US-Rechssystem sehr selten. Üblicherweise finden sie nur im Bereich des Verbraucherschutz statt, wo die Regierung erfolgreich Aussagen erzwungen hat (z.B. verpflichtende Warnungen vor Zigaretten). Wie dem auch sei, nein, sie zwingen uns nicht, irgendetwas zu sagen.

F: Warum habt ihr euren „Canary“ nicht aktualisiert?

A: Im Winter 2016 wurde der „Canary“ nicht rechtzeitig aktualisiert. Der „Canary“ war so breit angelegt, dass jeder Versuch, einen neuen herauszugeben, ein Verstoß gegen die „Gag-Order“ bzgl. der Ermittlung gegen ein DDoS-Erpresserring und eine Ransomware-Operation gewesen wäre. Dies ist nicht wünschenswert, weil es, wenn eine Reihe von kleineren Dingen passiert, dazu führt, dass die Nutzer_innen annehmen müssen, etwas großes sei passiert.

F: Warum erwähnt der neue „Canary“ nicht „Gag Order“, FISA-Gerichtsanordnungen, National Security Letters usw.?

A: Unsere ursprüngliche „Canary“-Strategie hat unseren Nutzer_innen geschadet, indem es sie unnötig in Aufruhr versetzt hat, als kleinere Dinge passiert sind. Ein „Canary“ soll den Nutzer_innen ernsthafte Bedrohungen signalisieren, doch es besteht die Gefahr, dass den Nutzer_innen falsche Dinge vermittelt werden oder ohne guten Grund allgemeine Furcht und Verwirrung gestiftet wird. Der aktuelle „Canary“ ist auf bedeutende Ereignisse beschränkt, die die Sicherheit der Nutzer_innen von Riseup gefährden könnten.

von riseup.net

[1] *https://www.riseup.net/canary*

posteo.de ist ein weiterer zu empfehlender Provider der ebenfalls verschlüsselte Speicher anbietet und weiterhin u.a. anonyme Registrierung und viele weitere hohe Standards an Anonymität und Datenschutz bereitstellt. Der Dienst kostet 1 Euro pro Monat. Das Guthaben kann wahlweise auch per Geldschein im Umschlag anonym verschickt aufgeladen werden.

Willkommen am Ort der unzähligen Möglichkeiten und gelebten Barrikaden
Hier kannst Du
unzählige Möglichkeiten leben
und sein wie du bist!
Frei, wild, lebenshungrig,
liebesbedürftig, musikalisch, künstlerisch,
politisch, kritisch, laut, leise, verunsichert,
verwirrt, geradeaus und manchmal auch daneben.
Barrikaden werden hier jedoch gegenüber
Menschen gelebt, die sich
rassistisch, antisemitisch, sexistisch, homo-/transphob,
behindertenfeindlich oder sozial ausgrenzend,
kurzum diskriminierend zu Anderen verhalten.
Auch Menschen, die maßgeblich an der Aufrechterhaltung
unterdrückerischer Verhältnisse beteiligt sind,
wie z.B. Zeit-/BerufssoldatInnen und PolizistInnen
sind hier nicht gewollt.
Denn
Das Alhambra ist ein autonomes, linkes Aktions- und
Kommunikationszentrum.
Es ist nicht ausschließlich Party- und Spaßraum und ist weder
kommerziell noch wird es von staatlichen Geldern gefördert.
Es ist selbstverwaltet und die Menschen die sich darin bewegen
bestimmen hier unzählige Möglichkeiten und gelebte Barrikaden.
Das Alhambra steht für einen Kampf um ein Leben ohne Unterdrückung
Es steht für eine Politik die sich gegen
rassistische, sexistische, antisemitische, kapitalistische
Diskriminierung und Ausbeutung von Menschen wehrt.
Das NutzerInnenPlenum
(jeden 2. Freitag im Monat)
NO BORDER
NO
NATION

Termine

August

Sa.	19.8.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
Fr.	25.8.	22:00	Fat Hoshi Concerts

September

Fr.	1.9.	22:00	Mash Up Di Place
Fr.	15.9.	22:00	Die Disco - Musik der Alhambra-Freitags-Disco aus den ersten Jahren
Sa.	16.9.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
Fr.-Sa.	22.-23.9.	18:00	Fat Hoschi: Kill The Plastic Smile Festival
Sa.	30.9.	23:00	Rosa Disco

Oktober

Sa.	7.10.	22:00	Homophilias
Fr.	13.10.	22:00	Fat Hoshi Concerts: M.O.R.A + Disconfect
Fr.	20.10.	22:00	Unterste Schublade Konzert: Die Bullen
Sa.	21.10.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
Sa.	28.9.	23:00	Rosa Disco

wöchentlich

Mo.	18:30	offener Kreativ-Treff
Mo.	20:30	Lindy-Hop
Di.	17:00	No Future Yoga
Mi.	18:30	Awareness-Treffen
Mi.	20:00	Jonglage / Akrobatik
Do.	18:30	Samba Action Band – ‘Rythms of Resistance Oldenburg’
Do.	19:00	Kurdistan Solidaritätskomitee Oldenburg
Do.	20:30	Vokü – anschließend Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mo.	20:00	Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
2. Mo.	18:00	Antifaschistischer Fußball-Treff
3. Mo.	20:00	Offener antifaschistischer Treff
1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
2. Mi.	21:00	Haus Friedensbruch Kneipe
3. Mi.	19:30	FLIT* (FrauenLesbenInterTrans*) Nutzer*innen-Plenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
4. Mi.	19:30	Psychiatriekritische Kneipe
1. Do.	18:00	‘Stop Deportation’-Gruppe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer*innen-Plenum

jeden Do. 18-21 Uhr Infoladen “roter strumpf”